Nr. 265 — Jahrgang 12 Einzelnummer 0,20 Zl. Freitag, den 18. November 1927

Volkswille

Anzeigenpreis: Für Anzeigen aus Polnisch-Schlesien je mm 0.12 Zloty für die achtgespaltene Zeile, außerhalb 0.14 Zlp. Anzeigen unter Text 0.50 Zlp. von außerhalb 0.60 Zlp. Bei Wiederholungen tarifliche Ermäßigung.

Zentralorgan der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei Polens

Abonnement: Vierzehntägig vom 16. bis 30. 11. cr. 1.65 Zl., durch die Post bezogen monatlich 4,00 Zl. Zu beziehen durch die Hauptgeschäftsstelle Kattowitz, Beatestraße 29, durch die Filiale Königshütte, Kronprinzenstraße 6, sowie durch die Kolporteure.

Redaktion und Geschäftsstelle: Kattowitz, Beatestraße 29 (ul. Kosciuszki 29). Postscheckkonto: P. K. O., Filiale Kattowitz, 300174. — Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Kattowitz: Nr. 2097; für die Redaktion: Nr. 2004

Macdonald droht mit Streik

Sturmszenen im Unterhaus — Mißtrauensantrag gegen Baldwin — Die Lösung der Kohlenkrise — Der Kampf um die Flottenabrüstung — Außenminister Chamberlain zur Schiedsgerichtsklausel

London. Die Bergbaudebatte im Unterhaus wurde Mittwoch durch den Mißtrauensantrag Ramsay Macdonalds eingeleitet, der sofortige Maßnahmen für die Sicherung einer wirksamen Produktions- und Verkaufsorganisation des Bergbaues sowie Hilfsmaßnahmen für die Zahl der unbeschäftigten oder verkürzt arbeitenden Bergarbeiter verlangte. Bei der Begründung des Antrages durch Macdonald kam es zu lebhaften Szenen, die den Sprecher veranlaßten, die Sitzung auf eine Stunde zu unterbrechen. Macdonald erklärte weiter, das große Problem für den Kohlenbergbau sei die Umbildung von Kohlen in Kraft und in dieser Hinsicht sei Großbritannien wesentlich hinter den kontinentalen Ländern zurück. Die Frage, wie Kohle in Oel und andere wertvolle Beiprodukte verwandelt werden könne, sei wesentlich für die Fortdauer der nationalen Prosperität. Es handele sich hier nicht um die Frage der Profite für die an der Kohlenindustrie unmittelbar beteiligten Personen, sondern um eine Frage des allgemeinen Wohls. Die Regierungspolitik in der Arbeitslosenfrage, die den größten Teil des Volkes einfach dem Armenrecht überweise, habe vernichtende Folgen. Die Regierung halte optimistische Reden, lasse aber eine Lösungsmöglichkeit nach der anderen vorübergehen. Macdonalds Rede folgte ein sehr starker Beifall, während der Handelsminister Cunliffe Lister mit einem Sturm von Zwischenrufen empfangen wurde.

Im Anschluß an Macdonalds Rede kam es zu einem Zwischenfall, als an Stelle Baldwins der Handelsminister Lister antworten wollte. So oft der Minister sich anschickte, seine Rede zu halten, wurde er von der Opposition durch Lärm unterbrochen, bis Baldwin das Haus verließ und die Sitzung unterbrochen wurde.

Die Arbeiterpartei für eine englisch-amerikanische Flottenbeschränkung

Chamerbain zur Schiedsgerichtsklausel.

London. Eine Interpellation des Arbeiterparteilers Lord Parmoor gab Mittwoch im Oberhause die Veranlassung zu einer außenpolitischen Debatte Lord Parmoor hatte die Regierung gefragt, ob sie bereit sei, die Schiedsgerichtsklausel des Internationalen Schiedsgerichtshofes anzunehmen und durchweg eine Friedenspolitik im Sinne der Schiedsgerichtsbarkeit und der allgemeinen Abrüstung zu treiben. Lord Cecil kam noch einmal auf die Gründe zu sprechen, die ihn zu seinem Austritt aus dem Kabinett zwangen. Er schloß sich Lord Parmoors Standpunkt an, indem er erklärte, daß eine Einigung Englands und Amerikas in der Seeabrüstungsfrage für den Weltfrieden von entscheidender Bedeutung sei. Lord Balfour entgegnete namens der Regierung, daß England im Interesse seiner Sicherheit auf die Erhaltung der kleineren Schiffseinheiten bedacht sein müsse. Die Interpellation Lord Parmoors erwiderte Lord Cecils Nachfolger im Völkerbund, Mac Neills, dahingehend, daß besonders die Dominien gegen die Annahme der Schiedsgerichtsklausel seien, da sie die Heere und Unabhängigkeit des Empire gefährde. Mit Mord Parmoor stimme er aber darin überein, daß Sicherheit, Schiedsgerichtsbarkeit und Abrüstung als Mittel der Friedenssicherung unzertrennbar seien.

London. Im Unterhaus wurde an den Außenminister die Frage gerichtet, ob die britische Regierung nunmehr bereit sei, die obligatorische Schiedsgerichtsklausel des Internationalen Gerichtshofes im Haag anzunehmen. Chamberlain erwiderte, daß die entsprechende Entschließung der Völkerbundsversammlung gegenwärtig von der Regierung erwogen werde. Er sei im Augenblick nicht in der Lage, den bereits früher in dieser Frage abgegebenen Erklärungen etwas hinzuzufügen.

Prondzinski zum deutsch-polnischen Landarbeitervertrag

Die Anerkennung deutschen Entgegenkommens

Warschau. Der Leiter der bisherigen polnischen Delegation für die Handelsvertragsverhandlungen, Prondzynski, äußerte sich heute zu dem jetzt paraphierten deutsch-polnischen Vertrag über polnische landwirtschaftliche Arbeiter. Dabei unterstrich er, daß Polen das größte Entgegenkommen seitens Deutschland erreicht habe. Ein Vertrag, der auf so breiter Basis beruhe, entspreche nicht einmal einem Vertrag zwischen Deutschland und Oesterreich. Die Paraphierung dieser Konvention, die für die deutsche Landarbeiterschaft von so großer Bedeutung sei, sei ein Beweis dafür, daß zwischen Polen und Deutschland die Möglichkeit eines friedlichen Zusammenlebens gegeben sei, und sich auch unter Berücksichtigung der beiderseitigen Interessen in bestimmte Rechtsformen fassen lasse.

Gesandter Rauscher nach Berlin berufen

Berlin. Wie die Morgenblätter aus Warschau melden, ist der deutsche Gesandte Rauscher nach Berlin abgereist, um der Reichsregierung über seine im Zusammenhang mit der Eröffnung der neuen deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen geführten Warschauer Besprechungen zu berichten.

Ankunft Dr. Jackowskis

Berlin. Der Sondergesandte der polnischen Regierung. Dr. Jackowski, der die Vorbesprechungen zur Weiterführung der deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen mit der deutschen Regierung führen soll, ist heute nachmittag in Berlin eingetroffen. Am Donnerstag vormittag soll er seine erste Unterredung mit Dr. Stresemann haben. Auch der deutsche Gesandte in Warschau, Rauscher, wird hier erwartet.

Dem Vernehmen nach wird Polen in der Frage der Schweineeinfuhr ein Zugeständnis machen, dafür aber in der Kohlenfrage ein größeres Kontingent verlangen.

Nach Erledigung der Besprechungen Dr. Jackowskis in Berlin werden die Verhandlungen wahrscheinlich in Warschau weitergeführt werden. Von amtlicher polnischer Seite verlautet dazu, daß mit der Führung der polnischen Abordnung eine Persönlichkeit betraut werden wird, deren Ernennung von deutscher Seite mit Befriedigung aufgenommen werden dürfte.

Abgeordneter Grünbaum überfallen

Warschau. Mittwoch nachmittag wurde der Führer der jüdischen Sejmfraktion, Abg. Grünbaum, der als Vertreter der Juden an den Beratungen über die Bildung eines Minderheitenblocks teilnehmen sollte, vor seinem Hause auf der Straße von unbekannten Tätern überfallen und blutiggeprügelt. Als der Abgeordnete von einem Gang zurückkehrte, traf er vor seinem Hause drei mit Stöcken bewaffnete Leute, die ihn fragten, ob er der Abgeordnete Grünbaum sei. Auf die bejahende Antwort erhielt er im gleichen Augenblick von einem der Burschen mit einem Knüppel einen Schlag ins Gesicht. Darauf stürzten sich aller drei auf ihn und verprügelten ihn derart, daß er blutüberströmt zusammenbrach. Ueber die Gründe zu dem Vorfall ist nichts bekannt. Der Abg. Grünbaum ist Führer der jüdischen Gruppe, die in Opposition zu der Regierung steht.

Kommunistenprozeß in Polen

Warschau. Vor dem Kriegsgericht in Petrikau begann Dienstag ein Prozeß gegen 17 Kommunisten aus Radomsk mit dem Gymnasiallehrer Massalski und Solecki von der Wyzwolenie-Partei an der Spitze. Zur Verhandlung sind 87 Zeugen geladen. Gleichzeitig begann in Lublin ein Prozeß gegen 6 Mitglieder des Lubliner Kreiskomitees der kommunistischen Partei. Zwei Angeklagte sind Mitglieder des kommunistischen Zentralkomitees in Warschau.

Ein neuer Zusammenstoß in Nicaragua

London. Bei einem erneuten Zusammenstoß zwischen nicaraguanischen Rebellen und amerikanischen Marinesoldaten in La Cruz sind wie aus Managua gemeldet wird, 6 Rebellen getötet und 9 verletzt worden.

Wien—Berlin

Deutsche Staatsmänner haben einige Tage in Wien geweilt, um wie es in den Trinksprüchen heißt, den Willen der deutschen Bevölkerung in Oesterreich und Deutschland noch einmal kund zu tun und darzulegen, daß alle auferlegten Schranken in den Friedensverträgen nichts daran ändern können, daß es sich in beiden Ländern um ein Volk, um eine Nation handelt. Und um dem Besuch noch eine kräftigere Note zu geben, fanden sich um die gleiche Zeit deutsche und österreichische Parlamentariere zusammen, um ein erstes gemeinsames Werk vorzubereiten, ein Strafgesetzbuch. Nur eine Angleichung für kommende Zeiten, die indessen, darüber herrscht wohl in allen Lagern Einigkeit, ein Gesetz vorzubereiten, welches für Deutschland und Oesterreich verpflichten soll. Es ist wohl weniger angenehm, daß es sich in diesem Falle um das Strafgesetzbuch handelt, denn dem wilhelminischen Deutschland ging der Ruf bei Erwerbung von Kolonien voraus, daß neben den Gerichten als erste Verwaltungsinstanz, gleich Gefängnisse geschaffen wurden. Nun heut braucht man bei dem Einfluß der Arbeiterklasse um diese nationalen Tiraden nicht mehr besorgt zu sein, wenn auch die deutsche Justiz manches Stück während der republikanischen Epoche sich geleistet hat, welches an die schlimmste Zeit der Reaktion erinnert. Aber dem Besuch des deutschen Außenministers und des Reichskanzlers kommt eine weit höhere Bedeutung zu, wenn auch die schönen Trinksprüche manches zu verschleiern versuchen, wozu die „Republikaner“ Marx und Seipel, beides Gesalbte Gottes, fähig sind, weil sie es nicht wagen, zu leugnen, daß ihnen gerade jetzt der Anschluß am wenigsten genehm ist.

Als nach dem Umsturz von 1848, damals war die Arbeiterklasse noch kein so bedeutender Faktor, die liberalen Demokraten im Frankfurter Parlament, wo Oesterreicher und Deutsche zum ersten Male zusammen saßen, den Willen bestätigten, daß Wien und Berlin eine gemeinsame Nation sind, haben sie die Schergen Bismarcks auseinander getrieben, die Dynastien standen höher, als der gemeinsame Wille der Völker als Nation. Und wieder war es 1918 die Arbeiterklasse Wiens, die schon während der Friedensverträge sich für den Zusammenschluß von Reich und Oesterreich offen einsetzte, während die Bourgeoisie sich mit Abscheu von diesem Gedanken abwendete, weil sie befürchtete, daß ein Teil der schweren Kriegslasten durch den Anschlußgedanken auch die österreichische Republik belastet werde. Die damaligen bürgerlichen Elemente Oesterreichs träumten ja den schönen Gedanken, daß die Friedensverträge in der Republik bald den monarchistischen Wiederbelebungsgedanken erwecken werden und die Republik nur ein vorübergehendes Schauspiel sei. Sie haben nicht mit der Kraft der Entente gerechnet. Und als bei den Wahlen von 1923 die österreichische Arbeiterklasse bei der schweren Wirtschaftskrise erneut mit dem Gedanken des Anschlusses an die Massen herantrat, da war es derselbe Seipel, der gegen die Sozialdemokratie hetzen ließ, weil sie an die „verfallene Mark“ im Reich den Anschluß wünsche. Die deutsche Republik hat die Krise überwunden, steht stark da und da findet auch Herr Seipel Worte der Anerkennung für das große Werk der deutschen Republik, die ihre heutige Existenz der deutschen Arbeiterklasse zu verdanken hat; die Arbeiterschaft war es, die gegen Rechts und Links diese Republik verteidigte, die den Abwehrkampf an der Ruhr führte und die Industriellen sich diese Abwehr durch eine Millionenspende bezahlen ließen, während die Arbeiterschaft die Opfer brachte.

Der Wiener Besuch ist für uns nur ein Ereignis, welches wir nicht nach schönen Trinksprüchen werten. Wenn es nach dem Willen der Sprecher gehen würde, kommt der Anschluß nie zustande. Sie halten die Worte frei, weil sie wissen daß die gegenwärtigen weltpolitischen Strömungen einfach die Anschlußfrage in weite Ferne rücken. Nur Phantasten können sich dem Glauben hingeben, daß Italien und Frankreich, wo der Nationalismus und Chauvinismus am überkochen ist, es je zugeben werden daß sich die mächtigste Arbeiterbewegung Mitteleuropas zum gemeinsamen Werk vereinigt. Mit aller Deutlichkeit wollen wir unterstreichen, daß die Anschlußfrage über der nationalen Einigung hinaus eine Arbeiterfrage ist. Und da können uns schöne nationale Tiraden der Marx, Stresemann, Seipel und Dinghofer nicht darüber hinwegtäuschen, was in diesem Kampf die Aufgabe der Arbeiterklasse ist. Den Anschlußgedanken propagieren heißt auch der italienischen Arbeiterklasse wieder zur Macht verhelfen. Denn mit einem Mussolini wird man nie über den Zusammenschluß der deutschen Nation reden können. Und in Frankreich muß die Arbeiterschaft mit an der politischen Macht sein und schließlich auch in der Tschechoslowakei und Polen die Sozialdemokratie an Einfluß gewinnen, wenn das große Werk der nationalen Einigung zwischen Berlin und Wien gelingen soll.

Die heutigen Trinkspruchleierer haben das wenigste dazu getan, um von der kraftvollen Entwicklung beider

Staaten zu renommieren. Daß es zu den heutigen Aufbauverhältnissen kam, ist das Werk der Republikaner hüben und drüben; die Friedensbemühungen der Arbeiterklasse beider Länder, während sich die heutigen Regierungen noch immer bemühen, ihre Minister vom „Ritt gegen den Osten“, von unerlösten Gebieten zu reden. Das Echo ist auch sehr vielseitig, welches aus dem Ausland dem Wiener Besuch gewidmet ist. Es zeigt die Schwierigkeiten, die der Arbeiterschaft auferlegt werden, wenn das Einigungswerk gelingen soll. Und wir zweifeln nicht daran, daß, wie mancher Fortschritt auf den die Geschichte stolz ist, dem Wirken der Arbeiterschaft zu verdanken ist, auch dieses Werk gelingen wird. Aber vorerst heißt es gewaltige Aufgaben zu lösen, außenpolitisch eine Situation zu schaffen, damit der Anschlußgedanke freie Bahn erhält. Die heutigen Pseudorepublikaner benutzen die Gelegenheit, um ihren Einigungswillen darzulegen, welcher aber vor Furcht vor der Arbeiterklasse nicht ganz zum Ausdruck kommt. Man beruft sich lieber auf den „Idealismus“, auf schöne Worte, denen niemals Taten folgen werden. Die Arbeiterschaft der Nachbarländer aber weiß, daß dem deutschen und österreichischen Proletariat der Anschlußgedanke keine nationale Phrase a la Marx und Seipel ist, sondern ein Kernwerk sozialistischer Aufbauarbeit in Mitteleuropa. Sie sprechen von Republik und wollen ein antidemokratisches Schulgesetz durchführen. Seipel redet von der „großen Nation“ und ihren Aufgaben und will den Vernichtungsfeldzug gegen die österreichische Arbeiterklasse mit aller Kraft fortsetzen. So sehen die Republikaner aus.

Wir verkennen keineswegs die Schwierigkeiten, die sich aus der weltpolitischen Situation dem Anschlußgedanken gegenüberstellen. Aber weil wir es wissen, müssen wir auch als Auslandsdeutsche diesen Gedanken hochhalten, denn die einige große Nation zwischen Wien und Berlin wird auch die beste Stütze des deutschen Proletariats sein, kein Fürsorgedeutschtum für eine kleine Schicht von Auserwählten betreiben. Darüber hinaus aber bedeutet der Anschlußwille, der Wille des Proletariats zur politischen Anteilnahme an der Gestaltung beider Staaten, zur Ueberwindung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Gelingt dieses Werk, ist der Nationalismus überwunden, wie er sich jetzt in Frankreich und Italien gerade mit Rücksicht auf den Wiener Besuch deutscher Staatsmänner auswirkt, dann ist auch die Bahn frei zur sozialistischen Zusammenarbeit des mitteleuropäischen Proletariats und das ist der Hauptgedanke der Anschlußfrage für uns. —ll.

Deutschlands Recht auf Kolonien

Ein japanisches Urteil.

Berlin. Seitdem durch Deutschlands Eintritt in den Völkerbund die Frage des Besitztitels der ehemaligen deutschen Kolonien wieder in den Ententestaaten lebhafter erörtert wird, mehren sich die Stimmen, die anerkennen, daß Deutschland sowohl durch die gerechte Verwaltung seiner Kolonien den moralischen Anspruch auf Rückgewinnung von Kolonialbesitz erworben habe, wie auch durch seine Einfügung in das Völkerbundsystem politisch berechtigt sei, die Uebertragung eines Kolonialmandates zu verlangen. Eine wichtige Stimme in dem Chor jener Politiker, die Deutschlands Recht auf Kolonien offen anerkennen, ist die des langjährigen japanischen Botschafters in Paris und Hauptvertreters Japans im Völkerbund, Vicomte Ishii, der jetzt bei seiner Rückkehr in die Heimat in der angesehenen, dem japanischen Außenministerium sehr nahe stehenden „Japan Times“ laut „Voss. Ztg.“ wie folgt geäußert hat:

„Deutschland wünsche seine früheren Kolonien zurückzubekommen und macht kein Hehl daraus. Ich selbst glaube auch, daß der Völkerbund trotz der zur Zeit noch beträchtlichen Opposition gegen die Rückgabe der Mandatsgebiete den dahin gehenden deutschen Forderungen mindestens teilweise recht bald wird stattzugeben haben, umsomehr, als manche Berichte zeigen, daß diese Gebiete von den Deutschen vor dem Kriege besser verwaltet wurden als heute unter Mandat des Völkerbundes. Mit solchen Tatsachen als Grundlage für seine Ansprüche hat Deutschland volles Recht dazu, zumal seit es nicht bloß Mitglied des Völkerbundes, sondern auch des Völkerbundsrates geworden ist.“

Das Wahlprogramm der französischen Gewerkschaften

Paris. Der Allgemeine Französische Gewerkschaftsverband hat im Hinblick auf die Wahlen im kommenden Frühjahr ein Programm der Forderungen der Arbeiterklasse aufgestellt. Als erste Vorbedingung enthält dieses Programm die gesetzliche Stabilisierung. Es verlangt außerdem die Einrichtung einer Arbeiterkontrolle, die Teilnahme der Arbeiter an der Führung der Unternehmungen, die Ueberwachung der Kartelle durch die Verbraucher und Arbeiter, die Rationalisierung der Industrie unter der Voraussetzung, daß die Interessen der Arbeiter dabei gewahrt werden, die Anwendung des Gesetzes über die sozialen Versicherungen, welche durch ein Gesetz über die Versicherung gegen Streik erweitert werden sollen, die vollkommene Durchführung des Achtstundentages, die Gleichberechtigung der weiblichen Arbeiter mit den männlichen in bezug auf Arbeit und Lohn und die Einführung bezahlter Ferien, die Reorganisation der Arbeiteraufsicht unter Beteiligung von Delegierten der Arbeiterschaft, die Ratifizierung der internationalen Konventionen, insbesondere in bezug auf den Schutz der Frauen und Kinder, die Ausdehnung der Arbeitsgesetzgebung, insbesondere des Gewerkschaftsrechts auf die Kolonien und Protektionsländer und Einrichtung einer obligatorischen Rechtsprechung für Arbeitskonflikte unter Beteiligung von Vertretern der Arbeitergewerkschaften und der Unternehmerverbände, die Anerkennung des Gewerkschaftsrechts für Beamte, die endgültige Regelung des Wohnungsproblems, die Einführung der Einheitsschule und die Beibehaltung der Staatsmonopole.

Die „Inwestja“ zur Lage in Litauen

Kowno. Wie aus Moskau berichtet wird, nehmen die „Inwestja“ zu der politischen Lage in Osteuropa eingehen Stellung. Das Blatt gab der Ansicht Ausdruck, daß die polnische Regierung die feste Absicht habe, ganz Litauen zu anektieren. Besonderes Aufsehen habe in russischen diplomatischen Kreisen die Aeußerung der polnischen Zeitung „Polska Zbrojna“ über die Lage in Litauen erregt, die erklärt hatte, Litauen habe kein Recht auf selbständige politische Existenz. Die Inwestja erklären demgegenüber, daß eine Einmischung einer anderen Macht in die inneren Angelegenheiten Litauens den Frieden in Osteuropa gefährden würde. Wenn Polen sich tatsächlich entschließen sollte Litauen anzugreifen, so seien kriegerische Zusammenschlüsse in Osteuropa zu erwarten. Diejenigen Nationen, denen an der Wahrung des Friedens in Europa gelegen sei, müßten dies beachten.

Litauisches „Grenzgefecht“

Warschau. Wie aus Wilna berichtet wird, versuchten Mittwoch 15 Teilnehmer des litauischen Aufstandes in Tauroggen, die sich bisher in den Wäldern versteckt gehalten hatten, am Danajew-See bei Wizjan auf polnisches Gebiet zu gelangen. Die Flüchtlinge, die sämtlich bewaffnet waren, ließen kurz vor der Grenze auf eine litauische Grenzwache, das Feuergefecht eröffnen, in dem der Führer der litauischen Grenzwache schwer verwundet wurde. Die litauischen Flüchtlinge mußten sich zurückziehen.

Protestnote Sowjetrußlands an Estland

Reval. Hier ist eine Protestnote der Sowjetregierung eingelaufen, die sich gegen die offizielle vom estländischen Innenminister verbreitete Darstellung des Sejmattentat auf den russischen Gesandten wendet. Tschitscherin hat diese Note der estländischen Gesandtschaft in Moskau überreicht. Die Sowjetregierung bestreitet das Attentat und sieht in der ganzen Angelegenheit die Hand russischer Monarchistenorganisationen.

Zur Besetzung Hankaus

Schanghai. Die Nankingtruppen, welche bereits am Sonntag zur Verstärkung der Vorhut eingetroffen waren, besetzten heute kampflos den ganzen Stadtkomplex. Man glaubt, daß damit der wichtigste Schritt zur Wiedervereinigung Südchinas getan ist. General Tangchenchi scheint die letzten Oppositionstruppen nach der Honanprovinz zurückgezogen zu haben, wo sie sich vielleicht einstweilen behaupten können. Angesichts der kommunistischen Drohungen hat die Nankingregierung die schärfsten Gegenmaßnahmen getroffen. Ein kommunistischer Versuch, die Schanghai-Nanking-Bahn zu zerstören, konnte vereitelt werden. Ein Putschversuch in Südschau, nahe Schanghais, mißglückte. Die Lage bleibt jedoch unsicher.

Der chemische Trust vor der Verwirklichung

Paris. In hiesigen amerikanischen Kreisen wird erklärt, daß die bereits seit langem angestrebte Entente zwischen den europäischen chemischen Industrien unmittelbar vor dem Abschluß stehe. Der Handelsattachee der Pariser Botschaft der Vereinigten Staaten sei über die Verhandlungen genau orientiert nud habe Washington bereits einen ausführlichen Bericht übermittelt. Eine Bestätigung dieser Nachricht konnte allerdings bisher weder von deutscher, noch von französischer Seite erlangt werden. Doch wird versichert, daß die Beratungen bereits derartige Fortschritte gemacht hätten, daß mit der Unterzeichnung eines Abkommens durch die Vertreter der J. G. Farbenindustrie und des Zentralkomitees der chemischen Industrie Frankreichs noch vor Ende dieses Monats gerechnet werden könne.

*

London. Wie der City-Korrespondent des „Evening Standard“ ergänzend berichtet, soll das Chemiekartell in seiner endgültigen Form nicht nur England, Deutschland und Frankreich umfassen, sondern auch Italien, Schweden und zahlreiche andere europäische Länder. Das Kartell in dieser angestrebten Form wird die mächtigste und größte Industriekombination in der Geschichte darstellen.

Tschechischer Bodenreformskandal

Provisionen eines regierungsparteilichen Abgeordneten.

Prag. Im Staatshaushaltsausschuß des Abgeordnetenhauses wurde heute eine große politische Skandalaffäre aufgerollt. Der tschechische Sozialdemokrat Remmeich erhob gegen den tschechischagrarischen Abg. Dubicky unter Anführung genauer Daten und Zahlen den Vorwurf, daß er für die Vermittlung von Restgütern bei der Bodenaufteilung finanzielle Vorteile für sich herausgeschlagen, d. h. Gelder von Beteiligten genommen habe. Die Angelegenheit habe schon zu einem Rechtsstreit geführt, sei jedoch auf Drängen Dubickys vom Vorsitzenden des Gerichts in Jungbunzlau mit der Begründung ausgeglichen worden, daß es einen politischen Skandal gäbe, wenn sich Weiterungen aus der Sache ergäben. Nun ist der Skandal doch offenkundig geworden und man kann begierig sein, wie besonders die Regierung darauf reagieren wird. Abg. Dubicky ist Mitglied der Partei des Ministerpräsidenten Svehla. Er erklärte die Anschuldigen als unzutreffend. — Die Verteilung der bei Durchführung der Bodenreform entstandenen Restgüter hat nicht nur bei den Sozialdemokraten, sondern auch unter den Sudetendeutschen vielfach größte Entrüstung hervorgerufen, ist doch auch die Bodenreform zur Tschechisierung deutscher Gebiete mißbraucht worden.

Rücktritt des lettländischen Landwirtschaftsministers

Riga. In der Mittwoch-Sitzung des lettländischen Parlaments wurde das Rücktrittgesuch des Landwirtschaftsministers Mitul bekanntgegeben. Das Rücktrittsgesuch ist vom Ministerpräsidenten angenommen worden. Ein Nachfolger ist noch nicht bestimmt. Der von der Opposition angegriffene Verweser des Justizministeriums Pabers ist ebenfalls von seinem Amte befreit worden und durch einen Departementsdirektor ersetzt worden.

Marinkowitsch über seine Pariser Reise

Belgrad. Außenminister Marinkovitsch ist Mittwoch mittag nach Abschluß der Pariser Verhandlungen wieder in Belgrad eingetroffen. Zu seinem Empfang hatten sich auf dem Bahnhof die Gesandten Frankreichs, Polens und der Tschechoslowakei eingefunden. Noch auf dem Bahnhof erklärte der Außenminister gegenüber der Presse, daß die Unterzeichnung des jugoslawisch-französischen Vertrages allein der europäischen Stabilisierung diene. Von einem Balkanlocarno sei in Paris noch nicht die Rede gewesen. Diese Frage sei erst noch zu klären. Um den Pariser Vertrag brauche Italien keine Sorge zu haben, da er durchaus im Rahmen loyaler Friedenspolitik stehe. Die jugoslawischen Verhandlungen mit Griechenland gingen nur um einen jugoslawischen Freihafen in Saloniki. Die Beziehugen zwischen Belgrad und Sofia seien heute noch in demselben Stadium wie vor der Unterzeichnung des Freundschaftsvertrages mit Frankreich. Marinkovitsch fuhr vom Bahnhof sofort zum Schloß, wo er eine eineinhalbstündige Audienz beim König hatte.

Die Mission des Dr. Fu-Mandschu

Roman von Sax Rohmer.

26)

Seine Mienen jedoch bewiesen das Gegenteil, und so berichtete ich ihm flugs von meiner geheimnisvollen Besucherin, ihren Worten und ihrer Warnung. „Wie kann sie in diesem Gewand durch London gegangen sein?“ schloß ich. „Woher ist sie gekommen?“

Smith zuckte die Achseln. „Sie kann sich eines Wagens bedient haben. Und zweifellos kam sie geradewegs aus dem Haus Fu-Mandschus. Du hättest sie bei dir behalten müssen, Petrie! Es ist das dritte Mal, daß wir das Weib in Händen hatten, und das dritte Mal, daß wir sie gehen ließen.“

„Ich brachte es nicht über mich, Smith! Sie kam freiwillig, um mich zu beschützen. Das entwaffnete mich.“

„Damit du sehen solltest, daß sie dich liebt!“ warf er ein und ließ ein Gelächter hören, daß mich entrüstete. „So ist es, Petrie! Warum sollen wir uns blind stellen? Du kennst die Seele des Morgenländers nicht, wie ich sie kenne — aber ich verstehe die Lage des Mädchens vollkommen. Sie fürchtet die englischen Behörden, würde sich aber von dir mit Wonne gefangennehmen lassen. Wenn du sie bei den Haaren ergreifen, sie in eine Zelle schleppen und dich mit einem Prügel vor sie hinstellen würdest, dann würde sie alles gestehen, was sie weiß, und ihr morgenländisches Gewissen damit beruhigen, daß man sie zum Sprechen zwang. Sie würde dich deiner Brutalität wegen anbeten, weil sie hierin deine Kraft und Stärke sähe.“

„Smith,“ rügte ich, „bleibe ernst! Du weißt, was ihre früheren Warnungen bedeuteten.“

„Ich vermute auch, was die jetzige bedeutet,“ erwiderte er. „Hallo — was ist das?“

Stürmisch gelte die Türglocke.

„Niemand zu Haus? Gut! Ich werde selber nachsehen, was los ist. Aber ich habe schon eine Ahnung.“

Kurz darauf kehrte Smith mit einem großen, viereckigen Paket zurück. „Von Weymouth!“ erklärte er. „Ich ließ ihn in den Docks zurück, nachdem er mir versprochen hatte, alle wichtigen Funde mir zuzusenden. Dies hier werden Bruchstücke der Mumie sein.“

„Was? Du warst also im Zollschuppen? Und du glaubst, daß die Mumie zuvor aus dem Sarkophag gestohlen wurde?“

„Ja, während die Fracht bei der Zollbehörde stand. Ich bin überzeugt, daß sich jemand in dem Sarkophag befand, als dieser nach Rowan-House geschafft wurde. Ein Mumienschrein ist luftdicht, so daß der Zweck des Gummistöpsels erklärlich wird: Ventilation! Aber wie dieser Jemand den italienischen Sekretär ins Jenseits beförderte, muß ich noch herausbekommen.“

„Und auch, wie es ihm gelang, aus dem verschlossenen Zimmer zu entschlüpfen. Wie verhält es sich denn mit dem grünen Nebel?“

Smith spreizte mit einer charakteristischen Gebärde die Hände. „Der Nebel kann auf verschiedene Art erklärt werden. Bedenke, daß wir für seine Existenz nur das Zeugnis eines Mannes haben!“

Er entfernte jetzt die Papierhülle des Pakets und brachte ein Kästchen zum Vorschein, das er auf den Tisch stellte und öffnete. Da geschah etwas Seltsames: Ueber dem Tisch wogte eine gelb-grüne Welle — ein öliger Dunst...

Ein Gedanke — geboren aus der Erinnerung an die wenigen Worte meiner Besucherin — schloß mir durch den Kopf.

„Schnell, Smith!“ schrie ich. „Die Tür! Die Tür! Fort, wenn dir dein Leben lieb ist! Die Sendung kommt von Fu-Mandschu!!“

Ich schlang meinen Arm um ihn. Während er sich vornüberbeugte, hatte der wogende Dunst fast seine Nase erreicht. Ich zog meinen Freund zurück und schleppte ihn in mein Schlafzimmer. Als ich Licht angezündet hatte, bemerkte ich, daß sein gebräuntes Antlitz in tödlicher Blässe verzerrt war.

„Ein giftiges Gas!“ knirschte ich heiser. „In mancher Hinsicht mit Chlor identisch, abgesehen von einigen Eigenschaften, die beweisen, daß es etwas anderes ist. — Was — das wissen nur Gott und Fu-Mandschu! Wir waren beide blind — ich an erster Stelle! Es war kein Mensch in Sir Lionels Sarkophag versteckt, der aber enthielt genügend Vorrat von diesem Stoff, um ein ganzes Regiment hinzumähen.“

Smith krallte krampfhaft die Hände. „Gerechter Himmel!“ stammelte er keuchend. „Wie kann ich jemals hoffen, einen Teufel, der solche Ruchlosigkeiten ersinnnt, in meine Gewalt zu bekommen? Ich durchschaue jetzt seinen Plan. Er hat nicht damit gerechnet, daß der Mumienschrein umgestürzt werden würde. Und Kwee war beauftragt, den Stöpsel mit einer Schnur herauszuziehen, damit Sie Lionel ersticken sollte. Das Gas ist gewiß schwerer als Luft?“

„Chlorgas hat ein spezifisches Gewicht von 2,470“ erläuterte ich. „Zweiundeinhalbmal schwerer als Luft. Man kann es wie eine Flüssigkeit aus einer Flasche in die andere gießen — wenn man eine Gasmaske vorgelegt hat. Der Sarkophag würde sich durch das Luftloch entleert haben, und das Gas hätte sich verbreitet, ohne eine Spur zurückzulassen — außer dem Geruch.“

„Das fiel mir schon am Stöpsel auf, Petrie. Aber ich wußte natürlich nicht, was es war. Wie du dich erinnern wirst, verhinderte Sir Lionels Ankunft eine weitere Untersuchung. Außerdem muß der Duft der Nachtblumen von draußen her den Chlorgeruch teilweise absorbiert haben. Der unglückliche Strozza hat das gefährliche Zeug eingeatmet, bei seinem Sturz den Sarkophag umgerissen, und das Gas...“

„... ist unter der Tür des Gewächshauses über die Stufen, auf denen Kwee lauerte, entwichen,“ ergänzte ich. „Dadurch, daß Croxted die Scheibe einschlug, entstand genug Zugluft, um den Rest, der noch zurückgeblieben war, zu zerstreuen. Ich werde drüben in meinem Zimmer jetzt die Fenster öffnen.“

Smith blickte verstört zu mir auf. „Der Halunke hat anscheinend mehr von dem Stoff erzeugt, als erforderlich war, um Sir Lionel in eine andere Welt zu schicken und geringschätzig den Rest für mich bestimmt. Seine Geringschätzung ist gerechtfertigt. Ich komme mir vor wie ein Kind, das sich mit einem geistigen Riesen messen will. Und es ist wahrlich nicht mein Verdienst, daß Fu-Mandschu einen zweifachen Mißerfolg zu buchen hat!“

Dreizehntes Kapitel.

Ich träume — und erwache.

Ich will jetzt von einem sonderbaren Traum erzählen, den ich hatte, und von noch sonderbareren Dingen, die ich sah, als ich erwachte.

Mir träumte, daß ich auf dem Boden lag und mich in einem unbeschreiblichen Todeskampf wand. Meine Adern schwollen in einem flüssigen Feuer, und ungeachtet der stygischen Dunkelheit, die mich umgab, sah ich Rauch aus meinem brennenden Körper wallen.

Dies, dachte ich, sei der Tod.

(Fortsetzung folgt.)

Polnisch-Schlesien

Unsere Kohlenproduktion im Jahre 1927

Noch ist das Jahr 1927 nicht zu Ende, aber man kann schon voraussehen, wie sich die Kohlenproduktion in Polnisch-Oberschlesien gestalten wird. Die Handhabe dazu bieten die bereits vorliegenden Zahlen. Im Oktober betrug die Kohlenproduktion 2 500 567 Tonnen. Die Steigerung im Vergleich zum Vormonat beträgt also 106 153 Tonnen und im Vergleich zum April dem schlechtesten Monat im Jahre, um 612 434 Tonnen. In den 10 Monaten des laufenden Produktionsjahres wurden insgesamt 22 261 460 Tonnen oder monatlich durchschnittlich 2 226 146 Tonnen gefördert. Das ist wohl die höchste Produktion, die nach dem Kriege erzielt werden konnte. Die monatliche Durchschnittsproduktion betrug 1922 2 126 788; 1923 2 208 304: 1924 1 975 156; 1925 1 787 235; 1926 2 152 337 Tonnen. Dabei ist das Jahr 1927 noch nicht zu Ende. und die Produktion in den beiden Monaten November und Dezember dürfte noch gesteigert werden. Gewöhnlich pflegen die beiden letzten Monate im Jahre, die besten Monate für den Bergbau zu sein. Nach menschlicher Berechnung, dürfte die Kohlenproduktion in den beiden Monaten 5 400 000 Tonnen betragen, so daß die Jahresproduktion 28 Millionen Tonnen erreichen dürfte. Das ist nach dem Jahre 1913 die höchste Produktion, höher als im Jahre 1926 während des englischen Bergarbeiterstreiks, die für das ganze Jahr nur 25 500 000 Tonnen betragen hat. Trotz dieser gesteigerten Produktion im laufenden Jahre, konnte die Produktion des Jahres 1913 nicht erreicht werden. Die durchschnittliche Monatsproduktion im Jahre 1913 betrug 2 606 492 oder 32 Millionen Tonnen im Jahre. Obwohl also seit der Zugehörigkeit Ost-Oberschlesiens zu Polen im laufenden Jahre die Höchstleistung in der Kohlenproduktion erzielt wird, bleiben wir immer noch im Vergleich zum Jahre 1913 um 4 Millionen Tonnen zurück. Von einer günstigen Lage im Kohlenbergbau kann bei uns noch nicht geredet werden, weil wir die Vorkriegsproduktion noch nicht erreicht haben.

Die gesteigerte Kohlenproduktion im Jahre 1927 ist auf den Kohlenkonsum im Inlande zurückzuführen. Durchschnittlich betrug der Kohlenkonsum monatlich in Polen im Jahre 1922 898 900; 1923 952 000; 1924 800 000; 1925 884 000; 1926 1 037 000 und 1927 1 237 000 Tonnen. Das ist das Geheimnis warum die Kohlenproduktion bei uns steigt. Polen baut neue Bahnlinien und erholt sich langsam wirtschaftlich und verbraucht mehr Kohle. Der Kohlenkonsum dürfte auch weiterhin steigen, wozu auch die jüngste amerikanische Anleihe das ihrige beitragen dürfte, vorausgesetzt, daß die Kohlenpolice nicht erhöht werden.

Mit dem Kohlenexport ist es eine faule Sache. Im Oktober ist der Kohlenexport um 8 597 Tonnen zurückgegangen, im Vergleich zum Vormonat. In den 10 Monaten wurden 7 953 016 Tonnen ausgeführt. Es ist zwar gelungen den Kohlenabsatz in den skandinavischen und baltischen Ländern zu erhöhen, doch kann sich dieser Export nur infolge der ermäßigten Bahntarife halten. Die Kohlenexporteure beklagen sich, daß sie gegen die englische Konkurrenz nicht aufkommen können. Der Kohlenexport nach Italien geht rapide zurück. Im Januar wurden noch 180 000 Tonnen und im Oktober nur noch 43 000 Tonnen hinausgeschafft.

Harriman reduziert weiter

Auf der dem Harriman-Konzern angehörigen Bleischarleygrube werden in der nächsten Zeit wiederum 120 Mann entlassen, wie dem Betriebsrat mitgeteilt worden ist. Die Entlassung erfolgt wiederum wegen Auftragsmangel. Noch vor kurzem veröffentlichten wir einen Auszug über die Zink- bezw. Erzproduktion der beiden letzten Jahre, nach dem die Produktion wesentlich gesteigert, also an Aufträgen kein Mangel sein kann. aber Harriman entläßt trotzdem. Auf der Bleischarleygrube herrschen heute Arbeitsmethoden, die der oberschlesische Arbeiter bisher nicht kennen gelernt hatte und die den Gipfelpunkt darstellen, was Auspressen von Arbeitskraft bedeutet. Und daher wird man auch nicht fehl gehen, wenn man annimmt, daß es sich bei den betreffenden 120 Arbeitern um Proleten handelt, die bereits ihre Gesundheit zu Markte getragen und den Hariman-schen Methoden nicht mehr voll entsprechen können. Man hat von diesem amerikanischen Unternehmen Wunderdinge für die oberschlesische Wirtschaft erhofft und die polnische Presse konnte nicht genug sich in Lobfiedeleien ergötzen. aber schon jetzt hat sich das Blatt gewendet. Harrimaner entpuppen sich bereits als alles andere als Sanatoren.

Die Rawaregulierungsarbeiten

Die Regulierungsarbeiten der Rawa schreiten weiter vorwärts. Z. Zt. sind diese Arbeiten auf einer Strecke von nahezu 3½ Kilometer, und zwar ab Mündung Brinnitza bis Rosdzin beendet worden. In allernächster Zeit soll auch der Abschnitt IV von der Reckehütte in Rosdzin bis nach Zawodzie fertiggestellt werden, damit die Umleitung des Wassers in das neue Flußbett vorgenommen werden kann. In Schwientochlowitz ziehen sich die Regulierungsarbeiten etwas länger hin als vorgesehen war, und zwar deswegen, weil größere Arbeiten zwecks Tieferlegung der Brückenfundamente vorgenommen werden müssen. Bei einigermaßen guter Witterung soll nach Beendigung der Arbeiten auf Strecke X in Schwientochlowitz die Regulierung der Rawa auf dem Gelände der Reckehütte in Rosdzin erfolgen. Die Arbeiten auf diesem Abschnitt sind bisher zurückgestellt worden.

Kattowitz und Umgebung

Jugendliche Diebesbande vor Gericht.

Gegen eine Diebesbande, welche sich vorwiegend aus noch jugendlichen Personen zusammensetzte, die in der Umgegend von Siemianowitz 16 Diebstähle ausgeführt hatten, wurde vor dem Kreisgericht Kattowitz am gestrigen Mittwoch verhandelt. Der Kriminalpolizei gelang es, die Spitzbuben festzunehmen, nachdem der Altwarenhändler A. auf die richtige Spur der Täter hingewiesen hatte. Eine unvermittelt eingeleitete Hausrevision förderte einen großen Teil des Diebesguts zu Tage. Manches konnte den Bestohlenen inzwischen wieder zugestellt werden.

Zu verantworten hatten sich die jugendlichen Arbeiter Theofil Korek, Wilhelm Komender und Alfred Halemba aus Siemianowitz. Wie aus der Verhandlung zu entnehmen war, hatten die Angeklagten Kabelleitungen zum Schaden der Hüttenverwaltung Laurahütte, ferner Bleiröhren vorwiegend in Klosettanlagen, Alteisen, Straßengullys u. a. m. zusammengestohlen. Die Burschen entpuppten sich auch als Denkmalschänder, da sie in einem Falle eine Zierkette, welche um ein Denkmal gezogen war, entwendeten. Oft wurde auch die Sicherheit der Passanten durch Ausheben der Straßengullys gefährdet. Das Gericht verurteilte die Angeklagten Theofil K. und Wilhelm K. in den nachgewiesenen Fällen zu je 1 Jahre Gefängnis, berücksichtigte jedoch das jugendliche Alter der Beklagten und den Umstand, daß es sich mehr um Dummenjungenstreiche handelte und gewährte eine Bewährungsfrist von 5 Jahren. Der dritte Angeklagte H. erhielt 14 Tage Gefängnis.

Ein fingierter Ueberfall.

Vorige Woche berichteten wir über einen Ueberfall, welchem der Fleischermeister Magner aus Paulsdorf, in der Nähe des Arthurschachtes bei Kochlowitz zum Opfer gefallen ist. Magner soll damals von Banditen niedergeschlagen, um 1700 Zloty beraubt und dann an Händen und Füßen gebunden, in einen Steinbruch geworfen worden sein. Der gestrige Polizeibericht meldet nun, daß die Ermittelungen in dieser Angelegenheit ergeben hätten, daß Magner den Ueberfall fingiert habe, was er, in die Enge getrieben, bereits zugab. Fingierte Ueberfälle hatten wir in der letzten Zeit mehrfach zu verzeichnen gehabt, aber wohl keinen einzigen in der Form, wie es der Herr Magner aus Paulsdorf tat. Aus was für einer Ursache er zu dieser, die Oeffentlichkeit irreführenden Komödie veranlaßt wurde, steht noch nicht fest, da aber hier die 1700 Zloty nicht die unwesentlichste Rolle spielen, kann man annehmen, daß Magner diese Komödie inszenierte, um irgendwelchen Verpflichtungen gegenüber seinen Gläubigern vorläufig aus dem Wege zu gehen, oder auch ist Magner nicht ganz richtig im Oberstübchen. Da jedoch dieser fingierte Ueberfall sowieso ein gerichtliches Nachspiel haben wird, wird man ja auch erfahren, was mit dieser eigenartigen Geschichte eigentlich los ist.

35 000 Zloty unterschlagen. Der Bürodiener Adam Stefan Ruda von der Friedenshütte erhielt am 15. November den Auftrag, 35 000 Zloty von der Bank Polski in Kattowitz zu holen. Den Auftrag führte er auch aus, jedoch ließ er sich bis heute bei der Verwaltung der Friedenshütte nicht blicken, so daß als bestimmt angenommen werden kann, daß er die Summe unterschlagen hat. Aller Wahrscheinlichkeit hat Ruda in Begleitung eines Frl. Anna Galowa sein weiteres Heil in Deutschland, der Zuflucht beinahe aller hiesigen Defraudanten, gesucht. Die Polizei fahndet bereits eifrig nach dem Defraudanten und da sie im Erwischen dieser, ein ziemliches Glück hat, so dürfte Ruda sich seiner Beute nicht allzulange erfreuen. Dazu kommt noch, daß es die Friedenshütte ist, welche geschädigt wurde.

Schlesischer Sejm

Die Neuwahlen des Wojewodschaftsrats — Eine unerwartete Lösung der „Wahlreform“

Kattowitz, den 17. November 1927.

Eine umfangreiche Tagesordnung der 168. Sitzung des Schlesischen Sejms ließ fast die Erwartung aufkommen, daß der Arbeitseifer unserer Abgeordneten nach der „Bedrohung“ durch den Wojewoden gewachsen ist. Aber mit Ausnahme von zwei Punkten sind die erledigten Fragen von unwesentlicher Bedeutung. Schon im März waren die Neuwahlen des Wojewodschaftsrates fällig und erst jetzt ging man zur Erledigung, die besonders was den Korfanty-Klub betrifft, zu einer Ueberraschung führte. Aber es ist nicht unsere Aufgabe darüber nachzudenken, warum die Korfantygetreuen Wojewodschaftsräte Stark und Szefer fallen gelassen worden sind. Jedenfalls wurden sie durch Kandidaten ersetzt, die dem Wojewoden wohl genehmer sind, während man den früheren Staatsbeamten, Zeit und Muße läßt, auf ihren Posten Besseres und Eifrigeres zu leisten. Bei der P. P. S. war es schon lange bekannt, daß sie den bisherigen Vertreter Bobek durch einen anderen Kandidaten ersetzen wird. Nicht wenig werden wohl selbst die Abgeordneten erstaunt gewesen sein, als 13. Punkt der Tagesordnung die „Wahlreform“ vorzufinden, die dadurch ihre Erledigung findet, daß man das bisherige Wahlgesetz aufrecht erhält, wenn es tatsächlich zu Wahlen kommen sollte. Diese Lösung ist eine Niederlage der Korfantyleute, von denen aus der Antrag auf Aenderung des bisherigen Wahlgesetzes ausgegangen ist. In mehreren Kommissionssitzungen wurde die Frage behandelt, nicht weniger wie sechs verschiedene Projekte eingebracht, um zuletzt beim alten Gesetz zu bleiben. Allmählich haben auch die Korfantyleute erkannt, daß die Bevölkerung nicht auf ihren Leim eingehen wird und haben es vorgezogen, das alte Wahlgesetz von 1922 zu behalten. Die übrigen Punkte der Tagesordnung boten weniger Angriffsflächen und ließen die Redelust nicht aufkommen, bis auf eine Ueberraschung. daß nicht weniger wie drei Anträge auf Auslieferung von Abgeordneten vorlagen, die vernünftigerweise von der Geschäftsordnungskommission mit Ablehnung propagiert, und vom Plenum auch abgewiesen wurden.

*

Gegen 4½ Uhr eröffnete der Sejmmarschall mit den üblichen Formalitäten die Sitzung und stellte fest, daß zu Punkt 1 vier Listen eingereicht worden sind. Anwesend waren 47 Abgeordnete, es fehlte nur der Abg. Boris und bei der Wahl wurden auch 47 Stimmen abgegeben. Auf die Liste 1 Deutscher Klub entfielen 12 Stimmen, gewählt wurde der bisherige Bürgermeister Michatz 7 Tarnowitz, der von Anfang an seine Fraktion im Wojewodschaftsrat vertritt. Die Liste 2, Korfanty-Klub erhielt 17 Stimmen, gewählt wurden Abg. Janitzki und Rechtsanwalt Kobylinski, die früheren Vertreter Stark und Szefer sind nicht mehr nominiert werden, die Liste 3, N. P. R. erhielt 8 Stimmen und gewählt wurde der bisherige Wojewodschaftsrat, Bürgermeister Dubiel, die Liste 4 erhielt 10 Stimmen, gewählt wurde Abg. Biniszkiewicz.

Bei der Wahl des Sekretärs ging mit 31 Stimmen der Abg. Sobota, Korfanty-Klub hervor, gegen den bisherigen Sekretär Foikis, der 13 Stimmen erhielt.

Zum 3. Punkt der Tagesordnung begründet Abg. Brzuska eine Abänderung des Artikels 1 des Gesetzes betreffend die Regelung des Dienstverhältnisses der Handarbeitslehrerinnen in öffentlichen Volks- und Mittelschulen, bezüglich der Entschädigung. Das Plenum schließt sich dem Antrag der Budgetkommission an und nimmt die Abänderung in zweiter und dritter Lesung an.

Ein Antrag des Korfanty-Klubs fordert die Gewährung der Wohnungsentschädigung für Staatsbeamten, wie sie durch ein Gesetz für Warschau geregelt ist. Die Budgetkommission hat einen entsprechenden Entwurf vorbereitet, der zu Artikel 3 des Gesetzes zur Besoldung der Wojewodschafts- und Kommunalbeamten folgenden Passus beschließt:

„Der den vom Schlesischen Schatz besoldeten Beamten auf Grund des polnischen Gesetzes vom 9. Oktober 1927 — Dz. U. R. P. Nr 116, Pos. 924 gezahlte Wohnungszuschuß darf nicht kleiner sein als der Wohnungszuschuß, der den Staatsbeamten in der Hauptstadt Warschau auf Grund desselben Gesetzes gezahlt wird“.

Der Antrag wird in zweiter und dritter Lesung angenommen, nachdem die P. P. S. eine Rückwirkung vom 1. April beantragt, die Abänderung aber nur eine solche vom 1. Oktober 1927 zugesteht.

Eine etwas umfangreichere Debatte ergibt sich bei Behandlung der Regelung der Bezüge der Gemeinden aus den Steuererträgen. Während die Budgetkommission durch den Abg. Janitzki die sofortige Annahme des Gesetzes beantragt, fordert der Abg. Foikis Berücksichtigung der Wünsche der Gemeinden und Rückverweisung an die Budgetkommission. Auch der Abg. Machej plädiert für Rückverweisung an die Kommission, während das Plenum den Antrag der Budgetkommission in zweiter Lesung annimmt. Die dritte Lesung wird durch Einspruch des Abg. Foikis mit Unterstützung der P. P. S. verhindert.

Der Antrag der Regierung auf Einführung der Verordnung des Präsidenten der Republik vom 1. Juni 1927 betreffend die Uebertragung der bisherigen Kompetenzen des Ministers für Handel und Industrie in Sachen der Bergknappschaften auf den Minister für Arbeit und soziale Fürsorge und der Kompetenzen der Bergämter in denselben Angelegenheiten auf die Wojewodschaftsämter für das Gebiet der Wojewodschaft Schlesien, wird der Rechts-, Sozial- und Budgetkommission überwiesen.

Der Wojewodschaftsrat beantragt die Aenderung des Namens der Gemeinde „Rydultowy Dolne“ auf Rydultowy. Die Vorlage wird der Rechtskommission überwiesen.

Der Dringlichkeitsantrag des P. P. S.-Klubs auf Zustimmungserklärung des Schlesischen Sejms zur Einführung der Verordnung des Staatspräsidenten betreffend die Inspektionen der Arbeit auf die Wojewodschaft Schlesien wird der Sozial- und Rechtskommission überwiesen.

Die Christliche Demokratie beantragt an den Wojewoden das Ersuchen zu stellen, um Einrichtung eines Amtes, welches die bisherigen Kompetenzen der „Provinzialhilfskasse“ zu Breslau übernehmen soll. Die Behörden entscheiden in den verschiedensten Fällen widersprechend und darum ist eine einheitliche Regelung notwendig. Das Plenum beschließt den Antrag dem Wojewoden zu überweisen.

Namens der Geschäftsordnungskommission beantragt die Abg. Szymkowiakowna die Gültigkeit der Mandate der Abg. Kunsdorf und Sliwa, die für die verstorbenen Mitglieder Szczeponik und Omainkowska eintreten, zu bestätigen, dem sich das Plenum einstimmig anschließt.

Der Staatsanwalt hat sich der Mühe unterzogen die Abg. Gwozdz, Dr. Rakowski und Biniszkiewicz wegen verschiedener Delikte zur Verantwortung zu ziehen und beantragt deren Auslieferung zur gerichtlichen Verfolgung. Die Geschäftsordnungskommission ersucht durch Antrag der Abgeordneten Szymkowiakowna dieses Ansinnen der Staatsanwaltschaft abzulehnen, dem auch das Plenum zustimmt. Bei dieser Gelegenheit verweist der Abg. Biniszkiewicz auf die Unmöglichkeit des bisherigen Zustandes bei den Gerichten, die die Kontrahenten oft Jahre lang auf eine Entscheidung warten lassen, so daß es oft die Kläger vorziehen, die Klagen zurückzuziehen, wie es unter anderem in einem Falle der Sejmmarschall Wolny nach dreijähriger „Verhandlung“ vorzog. Die Beleidigung gegen die mangelhafte Durchführung sei nicht beabsichtigt, sondern auf die Schädigung verwiesen. Hierbei muß sich der Abg. Biniszkiewicz einen Ordnungsruf einstecken, weil nach Meinung des Sejmmarschalls die Gerichtsfragen vors Justizministerium und nicht vor den Schlesischen Sejm gehören.

Der Antrag betreffend die Einführung der vollen Sonntagsruhe für alle Gewerbe in der Wojewodschaft Schlesien wird der Sozialkommission zur weiteren Behandlung übertragen.

Die Rechtskommission bringt einen Antrag betreffend der Wahlreform ein, der dahin geht, daß im Falle von Neuwahlen das alte Wahlgesetz von 1922 verpflichten soll, falls Neuwahlen ausgeschrieben werden und der Schlesische Sejm inzwischen nicht ein anderes Wahlgesetz geschaffen hat. Diesem Antrag wird zugestimmt und dadurch die Niederlage des Korfantyblocks in der Rechtskommission besiegelt.

Der Abg. Foikis bringt einen Dringlichkeitsantrag ein, der die Gewährung eines 13. Gehalts für die Wojewodschafts- und Kommunalbeamten zur Zahlung am 5. und 20. Dezember fordert. Das Plenum nimmt einstimmig diesen Antrag an und überweist ihn der Budgetkommission.

Betreffend der Regelung der Bezüge bezw. Errichtung von Kommunalsparkassen bringt der Abg. Machej einen Dringlichkeitsantrag ein, der indessen mit Rücksicht darauf, daß eine ähnliche Vorlage bereits in der Budgetkommission bearbeitet wird, Ablehnung findet, wobei sich eine Debatte über die Form des Gesetzes ergibt und schließlich ein Verschulden der Wojewodschaftsbehörden festgestellt wird.

Damit war die umfangreiche Tagesordnung erledigt und der Sejmmarschall schloß die Sitzung gegen 6 Uhr mit dem Bemerken, daß die nächste Sitzung besonders schriftlich einberufen wird.

X. Y. Z.

Börsenkurse vom 17. 11. 1927
(11 Uhr vorm. unverbindlich)

Warschau . . .	1 Dollar	amtlich =	8 92 zł
		frei =	8.93 zł
Berlin	100 zł	=	47.— Rmk.
Kattowitz . . .	100 Rmk.	=	213.— zł
	1 Dollar	=	8.92 zł
	100 zł	=	47.— Rmk.

Schulkinderelend in Königshütte

25 Prozent der Schulkinder ohne Bekleidung, krank und skrofulös, die Fürsorge ungenügend
Ein neuer Volkspark — Was der Rathausumbau kostet

Bezeichnend für die Arbeitsweise des Königshütter Stadtparlaments ist, daß von ihm gewöhnlich unwesentlichen Fragen mehr Bedeutung beigelegt wird als tatsächlich wichtigen. Auch gestern war das der Fall in seiner öffentlichen Sitzung, die diesmal ohne jede Ueberraschung verlief, was wahrscheinlich auf das Fehlen der Herren Stadtverordneten, die nebenbei Abgeordnete des Schlesischen Sejms sind, zurückzuführen ist. Die Tagesordnung enthielt eine Reihe bemerkenswerter Kommunalangelegenheiten, die glatt erledigt wurden. U. a. befand sich auf der Tagesordnung ein Magistratsantrag auf Bewilligung von 15 000 Zloty zum Ankauf von Schuhzeug für die bedürftigen Schulkinder. In jedem Jahre wird ein derartiger Antrag gestellt, und so war gestern nur verständlich, wenn er vom ganzen Hause angenommen wurde, aber vom Referenten dieses Antrages hörte man, daß von den 10 000 bis 12 000 Kindern annähernd 25 Prozent fast ohne Kleidung sind und ein großer Teil von ihnen gar nicht mehr in der Lage ist, zum Schulunterricht zu erscheinen. Weiter hörte man, als der Ankauf eines Quarzlampen-Bestrahlungsapparates beschlossen werden sollte, daß ebenfalls ein großer Prozentsatz der Schulkinder krank und skrofulös ist. Dies alles wurde nur sehr kurz angedeutet, aber dem Kenner der Königshütter Verhältnisse besagt es genug, und es ist mit aller Wahrscheinlichkeit anzunehmen, daß das Schulkinderelend in Königshütte jeder Beschreibung spottet, was gleichzeitig ein krasses Licht auf die Lage der Arbeiterschaft wirft, denn durchweg sind es Arbeiterkinder, die unter die erwähnten Prozentsätze fallen. Hätte hier das Stadtparlament nicht mehr Aufklärung verlangen und dringend fordern sollen, dieser katastrophalen Verelendung der Kinder unter allen Umständen auf dem schnellsten Wege vorzubeugen, denn Mittel für diesen Zweck müssen eben vorhanden sein. Das vergaß man leider und begnügte sich lediglich mit der Bewilligung von den beantragten 15 000 Zloty, einem Betrag, der nur einen Tropfen auf den heißen Stein bedeutet. Jedoch muß dieser Fehler sondersgleichen das nächste Mal wettgemacht werden; die Stadt zeigt sich stets sehr splendid, handelt es sich um die unmöglichsten Subventionen, also wird man Näherliegendes umso mehr berücksichtigen müssen.

Mit starker Verspätung eröffnete der Stadtverordnetenvorsteher die Sitzung mit dem Hinweis auf die zur Einsicht ausgelegten Kassenrevisionsprotokolle. Einige Dringlichkeitsanträge wurden wie üblich an den Schluß der Tagesordnung gesetzt. Für die Meeresliga, die einen eisernen Schleppkahn baut, der den Namen „Krolewska Huta" führen soll, wurden 4000 Zloty bewilligt, da diese ihr noch zu den Baukosten des Kahnes, die 30 000 Zloty betragen, fehlen. Der nächste Punkt betraf die Bewilligung von 15 000 Zloty für den Ankauf von Schuhzeug und Wäsche für bedürftige Schulkinder. Bekanntlich hat Stadtpräsident Spaltenstein den Antrag gestellt, in diesem und folgenden Etat einen Posten einzufügen, der zum Ankauf der bereits genannten Gegenstände dienen soll, und zwar zu Wintersanfang. Der Antrag wurde sehr kurz von dem Stadtverordneten Gawlik (Deutsche Wahlgemeinschaft) begründet, so daß man das Gefühl hatte, man wolle möglichst schnell einer unangenehmen Sache aus dem Wege gehen. Doch hörte man, daß eine Kommission unter dem Vorsitz des Stadtrates Gres genaue Erhebungen angestellt hat, denen zufolge etwa 4000 Kinder in hohem Maße bedürftig sind und teilweise infolge schlechten Schuhwerkes den Unterricht nicht besuchen können. Dieser Umstand wirkt natürlich auf den Schulbetrieb, wie auch auf den Gesundheitszustand der betreffenden Kinder im höchsten Grade ungünstig ein.

Dr. Pietraszkiewicz hat bei der ärztlichen Untersuchung der Schulkinder festgestellt, daß ein erschreckend großer Prozentsatz krank und skrofulös ist. Infolgedessen wurden 10 000 Zloty zum Ankauf eines modernen Apparates mit Quarzlampen bewilligt, der in jeder Schule einen Monat lang aufgestellt werden soll. Unter schulärztlicher Kontrolle werden die kränklichen Kinder hier mit Höhensonne bestrahlt werden. Es wurde ferner auch angeregt, die Bestrahlung den kranken Schülern in der gewerblichen und kaufmännischen Fortbildungsschule zugute kommen zu lassen.

Dann wurde über den Ankauf von Baugelände an der Mittelstraße in einer Ausdehnung von 220 Quadratmetern verhandelt. Die Nielbaschen Erben, die seinerzeit pro Quadratmeter 2,50 Zloty verlangten, fordern jetzt 15 Zloty.

Die Versammlung beauftragte den Magistrat, einen Kaufpreis von 10 Zloty pro Quadratmeter anzubieten. Drei Stadtverordnete stellten einen Antrag, daß die Stadt endlich den Weg nach Chorzow ausbauen lassen möge. Der Antrag wurde ohne Aussprache angenommen. Die Kosten werden sich auf rund 2000 Zloty belaufen.

Die im Budget 1927/28 vorgesehene Summe in Höhe von 16 000 Zloty zur Instandsetzung der Straßen und Plätze ist ganz erheblich überschritten worden, da diese Arbeiten bisher einen Kostenaufwand von über 60 000 Zloty erfordert haben. Der Magistrat beantragte die Nachbewilligung der unterschiedlichen Summe. Die Versammlung beschloß demgemäß.

Von Bedeutung für die weitere kommunale Entwickelung der Stadt Königshütte war der nächste Punkt der Tagesordnung: Einrichtung eines Volksparkes an der Flurstraße. Die Errichtung dieses Parkes ist umso notwendiger geworden, als durch die Errichtung des Stadions ein großer Teil der Parkanlagen für den Besuch des Publikums verloren ging. Man sprach sich einstimmig für die Einrichtung des Parkes aus und bewilligte als erste Rate 20 000 Zloty. Diese Anlage soll in den nächsten Jahren nach Möglichkeit vergrößert werden.

An der ulica Dombrowskiego soll von der St. Hedwigsparochie ein für den Neubau einer Volksschule geeignetes Gelände aufgekauft werden. Der Aufbau neuer Volksschulen in Königshütte hat bei weitem nicht gleichen Schritt gehalten mit der sonstigen Entwicklung der Stadt. Wir haben vor etwa 40 Jahren ungefähr die gleiche Anzahl von Volksschulen gehabt wie heute. Infolgedessen sind die Gebäude veraltet und die Anzahl der zur Verfügung stehenden Klassenräume entspricht in keiner Weise der Schülerzahl. Schülerzahlen von über 70 Köpfen sind keine Seltenheit. Dieser Zustand muß auf die Dauer den Gesundheitszustand der Lehrer und Schüler in hohem Grade ungünstig beeinflussen. Die Versammlung sprach sich für den Ankauf des Geländes in einer Ausdehnung von 5886 Quadratmetern aus. Die Gesamtkosten belaufen sich auf 164 790 Zloty.

Der Rathausneubau in Königshütte kostet bisher 500 000 Zloty. Zur Deckung der weiteren Baukosten werden noch 600 000 Zloty benötigt. Der Magistrat wurde ermächtigt, diese Summe als Anleihe bei der Städtischen Sparkasse aufzunehmen. Die Sparkasse ist zur Vergebung dieses Kredites dadurch in die Lage versetzt worden, daß die Versicherungsanstalt eine Million Zloty für längere Zeit in der Kasse deponiert hat.

Die Dringlichkeitsanträge, die von keiner besonderen Bedeutung waren, wurden zur weiteren Erledigung dem Magistrat überlassen, worauf die geheime Sitzung begann.

Königshütte und Umgebung

Einem politischen Hanswurst ins Stammbuch.

Herr Senator Meyer in Königshütte gehört zu jenen Persönlichkeiten, die politisch zwar unbeschriebene Blätter, aber ungeheure Wichtigtuer sind. Er allein fühlt sich berufen, den Retter des Deutschtums zu spielen. Dieses Gebaren haben wir seit einer Reihe von Monaten verfolgt, ohne davon Notiz zu nehmen. Aber Herr Meyer bildet sich in seiner Wichtigtuerei ein, daß er auch den deutschen Sozialisten am Zeug flicken muß, weil sie nicht nach der Pfeife des Senators tanzen. Anläßlich der Mittwoch-Sitzung des Königshütter Stadtparlaments benutzte Herr Meyer die Gelegenheit, um wieder der Sozialdemokratie vorzuwerfen, daß sie das Polentum stützt, dadurch, daß ihre beiden Abgeordneten für den sozialistischen Wojewodschaftsrat Biniszkiewicz eingetreten sind. Das beweist nur, daß dieses politische Kind, kein Gefühl für Weltanschauungsfragen hat, hinter dem Deutschtum die Politik gewisser „dummen Gänse" sieht. Die Taktik ihrer politischen Handlung läßt sich die deutsche Sozialdemokratie von keinem Hanswurst vorschreiben. Am allerwenigsten, wenn es der wandelbare Herr Meyer ist, der nur deshalb seine Tiraden spielt, weil er als früheres Mitglied der freien Gewerkschaften keine besondere Rolle hier spielen konnte. Und wenn Herr Meyer reinigen will, so tue er es nur bei seinen „dummen Gänsen", sonst könnten wir Dinge mitteilen, die ihm verflucht unangenehm sind. Herr Senator bleiben sie als politischer Schuster bei ihren Leisten und lassen sie den Führern der Sozialdemokratie gegenüber ihren Genossen die Verantwortung allein tragen. Wer soviel wie Sie am Kerbholz hat, der taugt nicht zum Pädagogen. Hoffentlich genügt Ihnen das. —ll.

Tätigkeitsbericht der Gesundheitskommission.

Wie bekannt, hat eine Magistratskommission im Verein mit der Gesundheitskorporation seit mehreren Wochen eine Revision der Häuser und Wohnungen unternommen und sehr schlechte Resultate festgestellt. Aus diesem Grunde wurde dem Magistrat zwecks Schaffung von Abhilfe folgender Bericht überreicht: Die gemachten Feststellungen sind als äußerst traurige zu bezeichnen. Ein Teil der besichtigten Wohnhäuser war schon vor Jahren von der Polizei als baufällig erklärt und geräumt worden. Diese Grundstücke sind aber, als sich die Wohnungsnot steigerte, teils ihrem früheren Zweck wieder übergeben worden, teils ohne Wissen der Behörden wieder bezogen. Daraus ist erklärlich, daß eine beträchtliche Anzahl der Mieter keine Wohnungsmiete zahlt, sondern auf die Zuweisung einer annehmbaren Wohnung wartet. Auf der anderen Seite gibt es wiederum Hausbesitzer, die mit Rücksicht auf den geringen Betrag des Mietssatzes jede Annahme der Miete verweigern, und sich dadurch aller notwendigen Reparaturen und Renovationen entziehen, schon allein deshalb, weil für diese Zwecke verwendeten Ausgaben niemals verzinst werden können. Hieraus erhellt also, daß der größere Prozentsatz der Hausbesitzer an der Instandsetzung und Aufrechterhaltung der Häuser nicht im mindesten interessiert sind, vielmehr wünschten, daß diese abgetragen würden.

Gemäß Schätzung existieren mehrere hundert Wohnungen, die nicht mehr bewohnbar sind, unter ihnen gibt es solche, die infolge Lebensgefahr sofort geräumt werden müßten. Diese Gründe bewegen uns, den Vorschlag zu unterbreiten, mehr wie bisher das Augenmerk auf die Wohnungskalamität zu lenken, was schon durch moralische, sanitäre und gesundheitliche Momente unbedingt notwendig ist. Darüber hinaus empfehlen wir, mehr denn je sämtliche Häuser zu überwachen, um zu verhindern, daß sie lediglich als Geschäftsobjekt behandelt werden, und so früher als sonst dem Verfall entgegengehen.

Zur Linderung der schlimmsten Fälle gestatten wir uns vorzuschlagen, daß in erster Linie der Magistrat helfend eingreift. Es sind mindestens 3 Millionen Zloty, die sich aus Subventionen und Anleihen zusammensetzen könnten, zur Verfügung zu stellen, mit Hilfe derer eine Reihe kleinerer Wohnungen sofort errichtet werden müßten. Darunter verstehen sich Zweizimmerwohnungen, da es insbesondere an solchen außerordentlich mangelt. Ferner muß unter allen Umständen die Wojewodschaft auf die besagten Uebelstände hingewiesen werden, welche ihrerseits zu deren Neuerung beitragen muß.

Das Ende der Kartoffelversorgung. Die Versorgung mit Winterkartoffeln an die arme Bevölkerung von Königshütte hat sich noch in keinem Jahre so reibungslos abgewickelt wie in diesem Jahre. Dank des schönen Wetters und der guten Organisierung, wurden in wenigen Wochen etwa 160 Waggons Kartoffeln zur Verteilung gebracht. Alle Ressorts wie Arbeitslosenamt, Kriegsverletztenfürsorge und Armenamt haben die in Frage kommenden Bedürftigen bereits versorgt, einige Nachzügler werden noch nachträglich beliefert. Zu erwähnen wäre noch, daß die vom Magistrat eingesetzte Kommission ihre Tätigkeit mit dem gestrigen Tage beendet hat. Für die einwandfreie diesjährige Belieferung wurde den Kartoffellieferanten von der Stadt eine Belobigung ausgehändigt. Nach der Kartoffelversorgung wird die Verteilung von Kohle erfolgen, sobald die benötigten Mengen eintreffen werden. Die Verteilung soll nach demselben Plane erfolgen wie im Vorjahre. Näheres wird noch bekanntgegeben. Hoffentlich werden sich die Behörden infolge der eingetretenen Kälte recht bald zu der Verteilung entschließen.

Schwientochlowitz u. Umgebung

Raubüberfälle. In Bismarckhütte wurde einer Kaufmannsfrau Meta Seipelt das Handtäschchen mit 70 Zloty Inhalt und einem Schlüsselbund, von einer ihr unbekannten Person aus der Hand gerissen und geraubt. Dem Täter gelang es zu entkommen. — In Godullahütte wurden auf der alten Straße der Gemeindesekretär Stronczyk und der Invalide Kokott, beide aus Orzegow überfallen. Hier erbeuteten die Banditen, die Revolver mit sich führten, nur eine Aktenmappe, in der sich Orzegower Gemeindeakten befanden. Ein Glück noch, daß sich in der Mappe keine Gemeindegelder befanden, denn gewöhnlich ist das bei derartigen Vorkommnissen stets der Fall.

Kommunales aus Michalkowitz

Die am 14. d. Mts. stattgefundene Gemeindevertretersitzung stand unter dem Eindruck der Vorbereitungen für eine Nikolaus- und Weihnachtsfeier. Wenn diesmal die Bewilligung der Geldmittel für diese Zwecke so zeitig die Gemeindevertretung beschäftigte, so geschah dieses anscheinend lediglich auf Betreiben gewisser Kreise, welche genügend vorgearbeitet hatten, um zu verhindern, daß eine von der Gemeindevertretung gewählte Kommission die bewilligten Mittel verteilen würde. Wie unvergeßlich ihnen noch die Verteilung der Geldspenden für die Erstkommunikanten im Gedächtnis haftet, geht allein schon daraus hervor, daß das in aller Heimlichkeit bereits gebildete Komitee allem Anschein nach strenge Weisung erteilt hat, auch nicht einen deutschen Vertreter zuzulassen, was ihnen auch gelungen ist, da mit Stimmenmehrheit ein derartiger Vorschlag abgelehnt wurde. Wenn wir auch die Tatsache absolut nicht verkennen, daß der Gemeinde durch eine eventl. Verteilung der bewilligten Gelder an die Armen eine große Arbeit und Verdruß entsteht, so müssen wir jedoch staunen, aus welchem Grunde ein privates Komitee diese Unannehmlichkeiten auf sich so gern zu nehmen bereit ist, und wir gehen in der Annahme wohl nicht fehl, daß hier rein politische Momente den Ausschlag geben. Wenn uns auch der Herr Gemeindevorsteher versicherte, daß er dafür einstehen wird, daß die hiesigen Armen ohne Rücksicht auf Nationalität und Parteizugehörigkeit bedacht werden sollen, so wollen wir ihm das gern glauben. Ob aber die anderen Mitglieder des Komitees derselben Ansicht sein werden, ist mehr als zweifelhaft. Jedenfalls sind wir auf die Verteilung sehr gespannt.

Um 4 Uhr nachmittags eröffnete der Herr Gemeindevorsteher die Sitzung. Als erster Punkt der Tagesordnung kam die Festsetzung der Zuschläge zu den staatlichen Gastwirtspatenten zur Beratung. Einstimmig wurde beschlossen 200 Prozent Zuschlag zu erheben. Das Gesuch des Stellenbesitzers Herrn Sollik um Verkauf einer kleinen Parzelle wurde einstimmig abgelehnt. Nach einer regen Aussprache wurden für die hiesigen Armen 1500 Zloty als Weihnachtsspende bewilligt, welcher Betrag durch ein privates Komitee, welchem der Gemeindevorstand angehört, verteilt werden soll. Weiter wurde genehmigt, daß für die Ausarbeitung des Bebauungsplanes vorschußweise Zahlungen nach Benehmen mit der Baukommission gezahlt werden können, worüber später Abrechnung zu erfolgen hat. Da in hiesiger Gemeinde größere Anpflanzungen vorgenommen werden sollen, wurde hierfür eine Kommission gewählt, aus der die Herren Lischinski, Hejczyk und Genosse Sagolla hervorgingen. Für eine in der Schule stattzufindende Nikolausfeier wurden 300 Zloty bewilligt. Um den Besuch einer Kinovorstellung auch den armen Kindern zu ermöglichen, wurde für diesen Zweck ein Betrag bis zu 100 Zloty genehmigt. Beide Veranstaltungen werden unter Aufsicht der hiesigen Lehrerschaft stattfinden.

Einige Personalangelegenheiten wurden in der darauf stattgefundenen geheimen Sitzung erledigt.

Pleß und Umgebung

Nikolai. (Aus der Partei.) Am vergangenen Sonntag, den 13. 11., fand hier die Monatsversammlung der hiesigen D. S. A. P. statt. Es schien so, als hätten sich die Genossen zum Winterschlaf eingerichtet. Aber nach langem Warten besserte sich der Besuch und der Vorsitzende konnte seines Amtes walten und mit einer halben Stunde Verspätung in die Tagesordnung eintreten, die verlesen und genehmigt wurde. Nach Verlesen des letzten Protokolls durch den Schriftführer erhielt zum nächsten Punkt der Genosse Matzke, der als Referent erschienen war, das Wort. In seinem einstündigen Referat legte derselbe ausführlich die Drangsalierung und Entrechtung der Arbeiter von seiten des Kapitals und stellte den Anwesenden anheim, sich in Zukunft durch die Waffe des Stimmzettels ihre früheren Arbeiterrechte wieder zu verschaffen. Auf dem Gebiete der Sozialgesetzgebung sei noch vieles zu erkämpfen und schloß mit einem warmen Appell zum Zusammenschluß aller Arbeiter im sozialistischen Sinne. In der Diskussion, die von zwei Genossen geführt, wurde Stellung zu den zukünftigen Wahlen genommen. Auf alle besonderen Fragen gab der Referent im Schlußwort nähere Aufklärung. Zu Verschiedenem (Besprechung — Weihnachtsfeier) wurde ein Komitee von 5 Mitgliedern gewählt, dem die dazu erforderlichen Arbeiten übertragen wurde. Nach einer Debatte in der Minderheitsschulfrage konnte die Versammlung geschlossen werden, nach der sich das neugewählte Komitee noch zu einer internen Sitzung zurückzog.

Die Arbeitslosigkeit in verschiedenen Ländern

Der Stand der Arbeitslosigkeit in den einzelnen Ländern weist in den Monaten August-Oktober keine nennenswerten Verschiebungen auf. Während Frankreich und Belgien verhältnismäßig leicht über die Stabilisierung ihrer Währungen hinweggekommen sind, hat die Deflation die Wirtschaftslage Italiens arg zerrüttet, was sich auch in den Arbeitslosenziffern widerspiegelt. In England ist die Arbeitslosigkeit stabil geblieben. Als Hauptursache der großen Arbeitslosigkeit führt Rußland wie immer den großen Zuzug von ungelernten Arbeitskräften nach den Städten an, wobei aber nicht vergessen werden darf, daß auch die Zahl der arbeitslosen gelernten Arbeiter ziemlich erheblich ist. Als ein günstiges Vorzeichen mag vielleicht der Rückgang der Arbeitslosigkeit in Ländern wie Deutschland, Polen und der Tschechoslowakei gewertet werden, während auch mehrere kleinere Länder einen mehr oder weniger großen Rückgang verzeichnen können. Nach den uns vorliegenden Angaben geben wir folgende Uebersicht über den Umfang der Arbeitslosigkeit in verschiedenen Ländern:

Australien: Nach den Angaben der über den Stand der Arbeitslosigkeit berichtenden Gewerkschaften mit 455.133 Mitgliedern waren im 2. Vierteljahr 1927 29 217 oder 6,4 Prozent der Mitglieder arbeitslos, gegen 5,9 Prozent im 1. Vierteljahr und 6,7 Prozent im 2. Vierteljahr 1926.

Belgien: Nach den Angaben von 143 Arbeitslosenkassen mit einer Gesamtmitgliedschaft von 612 727 Personen waren am 1. September 7515 oder 1,2 Prozent der Mitglieder gänzlich und 25 062 oder 4 1 Prozent teilweise arbeitslos. Die entsprechenden Prozentsätze waren im Vormonat 1,3 und 4 Prozent, am 1. September 1926 1,2 und 2,8 Prozent.

Dänemark: Nach den Angaben der Gewerkschaften (272 572 Mitglieder) und den öffentlichen Arbeitsnachweisen betrug der Prozentsatz der Arbeitslosen Ende September 16.2 gegen 16,5 im Vormonat und 16,3 Ende September 1926. Ende Oktober wurden im ganzen Lande 48 329 Arbeitslose gezählt, gegen 45 328 im Vormonat. Ein genauer Vergleich mit der Gesamtzahl der Arbeitslosen Ende Oktober 1926 ist nicht möglich, da durch die inzwischen eingetretene Verschlechterung des Arbeitslosengesetzes resp. den Fortfall der Krisenunterstützung die ausgesteuerten Arbeitslosen nicht mehr kontrollpflichtig sind und deshalb nicht alle von der Zählung erfaßt werden.

Deutschland: In der Zeit vom 15. September bis 28. Oktober hat sich die Gesamtzahl der unterstützten Arbeitslosen (Hauptunterstützungsempfänger und Krisenunterstützte) von 518 064 auf 442 751, also um 15 313 verringert. Ende Oktober 1926 betrug die Gesamtzahl der unterstützten Arbeitslosen 1 750 000. Nach den Angaben von 39 berichtenden Verbänden mit 3 927 703 erfaßten Mitgliedern waren am 24. September 178 916 oder 4,6 Prozent der Mitglieder gänzlich arbeitslos und 93 113 oder 2,4 Prozent Kurzarbeiter. Im Vormonat waren die entsprechenden Prozentsätze 5 und 2,8, Ende August 1926 16,7 und 15.

Frankreich: Die Zahl der bei den öffentlichen Arbeitsnachweisen eingetragenen Arbeitslosen betrug am 1. Oktober 27 665. gegen 29 200 im Vormonat und 11 649 am 1. Oktober 1926.

Finnland: Laut Angaben der öffentlichen Arbeitsnachweise in den größeren Städten betrug die Zahl der eingetragenen Arbeitslosen Ende September 1205, gegen 1221 im Vormonat 1425 Ende September 1926.

Großbritannien: Von den nahezu 12 Millionen gegen Arbeitslosigkeit versicherten Personen waren Ende Oktober 1 075 000 oder 9 4 Prozent arbeitslos. Gegenüber dem Vormonat ist der Stand der Arbeitslosigkeit unverändert geblieben. Ende September 1926 wurden 1 582 000 oder 13,7 Prozent Arbeitslose gezählt, diese Ziffern waren jedoch durch den Bergarbeiterstreik beeinflußt.

Holland: Nach den Angaben der subventionierten Arbeitslosenkassen mit 278 666 Mitgliedern waren Ende August 18 344 oder 6,6 Prozent der Mitglieder arbeitslos, gegen 6,9 Prozent im Vormonat und 7,2 Prozent Ende August 1926. Die Gesamtzahl der bei den 40 bedeutendsten Arbeitsnachweisen des Landes eingetragenen Arbeitslosen betrug Ende August 51 426 Männer und 7 021 Frauen.

Italien: Die Zahl der bei den öffentlichen Arbeitsnachweisen eingetragenen gänzlich Arbeitslosen betrug Ende Juli 263 091, die der teilweise Arbeitslosen 125 376. Im Vormonat waren die entsprechenden Zahlen 214 603 resp. 103 792, Ende Juli 1926 79 678 resp. 26 756.

Kanada: Nach den Angaben von Gewerkschaften mit rund 160 000 Mitgliedern waren Ende August 3,7 Prozent der Mitglieder arbeitslos, gegen 3,3 Prozent im Vormonat und 2,5 Prozent Ende August 1926.

Norwegen: Am 16. Oktober betrug die Zahl der bei den öffentlichen Arbeitsnachweisen eingetragenen Arbeitslosen 21 957, gegen 18 915 am 15. September und 23 676 am 15. Oktober 1926. In Gewerkschaftskreisen schätzt man die wirkliche Zahl der Arbeitslosen auf mindestens 30 000.

Neu-Seeland: Von ca. 45 000 erfaßten Gewerkschaftsmitgliedern waren im 2. Vierteljahr 1927 4 406 oder 9,7 Prozent arbeitslos, gegen 9,4 Prozent im 1. Vierteljahr und 8,3 Prozent im 2. Vierteljahr 1926.

Oesterreich: Die Zahl der unterstützten Arbeitslosen in ganz Oesterreich war Mitte Oktober 120 717 oder um 9231 kleiner als Ende September. Im Oktober 1926 waren 151 183 unterstützte Arbeitslose vorhanden. Außerdem gibt es noch etwa 24 000 eingetragene Arbeitslose, die keine Unterstützung beziehen, so daß insgesamt 144 000 eingetragene Arbeitslose gezählt wurden.

Polen: Am 8. Oktober waren bei den öffentlichen Arbeitsnachweisen 117 422 Arbeitslose eingetragen, gegen 129 031 im Vormonat und 196 586 im Oktober 1926. Hiervon erhielten am 8. Oktober 56 647 Unterstützung.

Portugal: Einem Bericht aus Portugal entnehmen wir, daß die Arbeitslosigkeit in diesem wenig industrialisierten Lande sehr groß ist. Die Zahl der Arbeitslosen wird auf 50 000 geschätzt, hauptsächlich Metallarbeiter, von denen annähernd 50 Prozent arbeitslos sind.

Rußland: Die Gesamtzahl der bei den Arbeitsnachweisen eingetragenen Arbeitslosen betrug nach der „Ekonomitscheskaja Shisn“ am 1. September 1 127 000 — davon 560 000 ungelernte Arbeiter gegen 1 419 000 am 1. Juni und 1 070 000 am 1. Oktober 1926. Nur ungefähr 500 000 Arbeitslose erhielten Unterstützung, jedoch soll die Zahl der Unterstützungsempfänger in der nächsten Zeit auf 600 000 gebracht werden.

Schweiz: Die Zahl der eingetragenen Arbeitslosen betrug Ende September 8335, gegen 8854 im Vormonat und 12 803 Ende September 1926.

Schweden: Von 260 498 Mitgliedern der berichtenden Gewerkschaften waren am 1. September 20 163 oder 7,7 Prozent arbeitslos, gegen 8,2 Prozent im Vormonat und 8,3 Prozent Beginn September 1926.

Ungarn: Von rund 152 000 Mitgliedern der berichtenden Gewerkschaften waren Ende August 11 247 oder 7 4 Prozent arbeitslos, gegen 7,7 Prozent im Vormonat und 15 Prozent Ende August 1926.

Tschechoslowakei: Die Zahl der bei den öffentlichen Arbeitsnachweisen eingetragenen Arbeitslosen betrug Ende August nur noch ca. 30 000, gegen 60 260 Ende April und 71 548 Ende August 1926.

Vereinigten Staaten: Nach dem vom Arbeitsdepartement veröffentlichten Bericht, der auf Grundlage einer 10 918 Unternehmer in 54 Industrien umfassenden Statistik zusammengestellt ist, hat die Zahl der beschäftigten Personen im August etwas zugenommen, nämlich von 3 017 637 auf 3 028 729 oder um 0,1 Prozent. Die Indexzahl des Beschäftigungsgrades (1923=100) war im August 87,4, gegen 87,3 im Juli und 90,7 im August 1926. Diese Zahlen lassen natürlich keine Schlüsse auf die Zahl der arbeitslosen Arbeiter zu, die der Sekretär der American Federation of Labor in einer neulich abgehaltenen Gewerkschaftstagung zurzeit auf mehr als eine Million veranschlug. Außerdem arbeiten weitere 3½ Millionen amerikanische Arbeiter verkürzt.

Welthandel und Konjunktur

Weltwirtschaftliche Umschau.

Daß zwischen dem Außenhandel der Völker und der Wirtschaftskonjunktur ein Zusammenhang besteht, ist eine Selbstverständlichkeit. Das Beispiel Deutschlands zeigt im Verein mit wachsender Auslandsverschuldung eine besonders stark steigende Einfuhr bei verhältnismäßig stabiler Ausfuhr. Auf der anderen Seite profitieren die geldgebenden und die Nachbarländer Deutschlands (Tschechoslowakei, Oesterreich, Schweiz, selbst Polen) von der deutschen Inlandskonjunktur — besonders infolge des hohen deutschen Preisniveaus — durch Forcierung ihrer Ausfuhr. Aber erst eine Betrachtung im einzelnen läßt die Weltwirtschaft die Zusammenhänge zwischen Konjunktur und Außenhandel erkennen

Länder mit Binnenkonjunktur.

In Ländern, wo ein Konjunkturaufstieg des inneren Marktes besteht, steigt die Einfuhr, wie dies an Deutschland deutlich zu erkennen ist. Außer Deutschland kann man heute allerdings wenig andere Beispiele nennen, weil von großen Ländern gegenwärtig nur Deutschland eine starke Inlandskonjunktur hat. Doch zeigt z. B. auch das kleine Ungarn, wo nach Jahren schwerer Wirtschaftskrise dank der Belebung der Bautätigkeit in diesem Jahre eine Konjunktur einsetzte, eine ähnliche Entwicklung wie in Deutschland: sehr erhebliche Steigerung der Einfuhr, die durch Vergrößerung des Einfuhrüberschusses die Handelsbilanz wesentlich „verschlechterte“. Auch in Oesterreich führte die Konjunkturbelebung zu einer starken Einfuhrsteigerung; wenn die österreichische Handelsbilanz dennoch keine Steigerung der Einfuhrüberschüsse aufweist, so nur wegen der stark vermehrten Ausfuhr nach Deutschland infolge der deutschen Sonderkonjunktur und der günstigen Preisdifferenzen. Wenn auch die Entwicklung des englischen Außenhandels ein Problem für sich bildet, das hier nicht behandelt werden soll, so muß hier doch auch England genannt werden. Die englische Einfuhr in den ersten neun Monaten des laufenden Jahres ist fast so hoch geblieben, wie im vergangenen Jahr, obwohl in diesem Jahr keine Kohleneinfuhr nötig war und auch die Preise der eingeführten Waren und Rohstoffe infolge des allgemeinen Preisrückgangs auf dem Weltmarkt niedriger waren. Auch das ist auf die Besserung der inländischen Konjunktur nach Abschluß des Kohlenstreiks zurückzuführen.

Nachlassende Konjunktur und Krisen

In Ländern, wo sich eine Konjunkturverlangsamung zeigt, wie in den Vereinigten Staaten und Belgien, sehen wir den umgekehrten Vorgang, eine Steigerung der Ausfuhr bei sinkenden Einfuhren. Im Falle Belgiens ist dieser Zusammenhang ganz klar, während in den Vereinigten Staaten noch besondere, in der Preisentwicklung einiger wichtiger Waren liegende Gründe mitverantwortlich sind, weshalb dieses Beispiel nur mit Vorsicht angewendet werden darf. Die außerordentlich hohe Aktivität der tschechoslowakischen Handelsbilanz, die sich in letzter Zeit noch wesentlich erhöhte, ist neben der schon erwähnten Ausfuhrsteigerung nach Deutschland ebenfalls darin begründet das der innere Markt nicht aufnahmefähig ist.

Am krassesten zeigt sich der hier geschilderte Zusammenhang zwischen Konjunktur und Außenhandel in jenen Ländern, wo eine Wirtschaftskrise herrscht. Am bezeichnendsten dafür ist die Lage des Ausfuhrhandels in Frankreich und in Italien. In diesen beiden Ländern hätte man seit der Steigerung des Wertes des französischen Franken und der italienischen Lire eigentlich einen Rückgang der Ausfuhr erwarten sollen, weil jene Länder infolge der Steigerung des Außenwertes ihrer Währung den Vorsprung auf dem Weltmarkt, der in den niedrigeren Produktionskosten begründet war, hätten einbüßen müssen. Das Gegenteil ist eingetreten: die Ausfuhr Frankreichs und Italiens entwickelte sich im laufenden Jahr recht günstig. In Frankreich ist sogar in letzter Zeit ein erheblicher Einfuhrüberschuß festzustellen, während in Italien der übliche Einfuhrüberschuß trotz großer Getreideeinfuhren nicht zunahm. Diese Entwicklung ist ohne Zweifel auf die Krise des inneren Marktes in jenen Ländern zurückzuführen. Da ein Preisabbau auf dem inneren Markt, der der Geldwertverbesserung entsprochen hätte, nicht eingetreten ist, die Löhne dagegen vornehmlich in Italien in ganz drastischer Weise gesenkt wurden, entstand eine große Krise des inneren Marktes bezw. wurde die seit längerer Zeit bestehende noch verschärft.

Die Kehrseite dieser Lage ist, daß die Unternehmer sich die größte Mühe geben, ihre Waren im kaufkräftigeren Ausland abzusetzen. Italien profitiert dabei von der außerordentlich günstigen Weltkonjunktur für Kunstseide, Frankreich für seine Schwerindustrie von der internationalen Rohstahlgemeinschaft, die Frankreich nicht nur einen gesicherten Absatzmarkt in Deutschland garantiert, sondern darüber hinaus noch Vergütungen aus hohen Strafzahlungen der mehrproduzierenden deutschen Schwerindustrie in die Ausgleichsklasse, die für die französische Eisenindustrie wie Exportprämien wirken.

Bedeutung der Währungsschwankungen.

Obwohl die meisten Länder zur Goldwährung übergegangen sind, gibt es eine Anzahl Länder, in denen sich die Wirkungen der Valutaschwankungen im Außenhandel noch stark fühlbar machen. Für Frankreich und Italien wurde schon gezeigt, wie die Erhöhung des Geldwertes den Außenhandel in einer sonst ungewöhnlichen Weise beeinflußte. In Dänemark und Norwegen führte aber die große Steigerung des Geldwertes im letzten Jahr zu einer scharfen Ausfuhrkrise, von der sich die dänische Ausfuhr in letzter Zeit bereits weitgehend erholen konnte, während die Schwierigkeiten in Norwegen weiter andauern. Doch vermögen auch die kleineren, bei der Goldwährung noch möglichen Schwankungen des Geldwertes (zwischen den beiden Goldpunkten) den Außenhandel zu beeinflussen, so hat z. B. auch die in letzter Zeit eingetretene Abschwächung des Dollars die Steigerung der amerikanischen Ausfuhr und umgekehrt hat die gleichzeitig erfolgte Befestigung des Pfund-Sterling-Kurses die Steigerung der englischen Einfuhr sehr begünstigt. Im übrigen handelt es sich bei diesen letzteren Valutaschwankungen und beabsichtigte Vorgänge: durch Tiefhaltung des amerikanischen Zinsfußes wollte man den Abfluß von kurzfristigen Anleihen nach England und damit die Ausfuhr amerikanischer Waren (Getreide und Baumwolle) in dieses Land erleichtern.

Der Welthandel wächst.

Im ersten Halbjahr 1927 hat der Welthandel gegenüber dem ersten Halbjahr 1926 eine erhebliche Vergrößerung erfahren. Nach der Zusammenstellung im Oktoberheft von „Wirtschaft und Statistik“ hat sich der Umsatz von 28 Ländern um 5,8 Prozent erhöht. Mengenmäßig ist die Umsatzsteigerung noch bedeutend größer. Gleichzeitig hat nämlich das Preisniveau des Weltmarktes, insbesondere Rückgang um 5,2 Prozent erfahren. Bei Berücksichtigung dieser Preissenkungen ergibt sich im ersten Halbjahr 1927 gegenüber dem ersten Halbjahr 1926 eine mengenmäßige Steigerung des Welthandels um 11,6 Prozent.

Im Sinne unserer Darlegungen kann man die Ursache dieser Steigerung der Umsätze hauptsächlich darin erblicken, daß in den meisten Industrieländern keine Konjunktur besteht und deshalb diese ihre Ausfuhren in einem viel höherem Maße zu steigern vermochten, als ihre Einfuhren zurückgingen. Der Ausbau der internationalen Handelsbeziehungen durch Handelsverträge, der in der letzten Zeit ebenfalls Fortschritte machte, bildet eine weitere Ursache für die Steigerung der Welthandelsumsätze. A. H.

Der Mann, der Cholerabazillen schluckte

Zweihundertfünfzig Jahre Mikroben. — Das Jubiläum einer umwälzenden Entdeckung. — Als die Käsemilbe noch als kleinstes Tier galt. — Im Kampf gegen das gelbe Fieber.

Die winzigen Tiere, die die Luft erfüllen, an jedem Staubkorn haften, aus Traubensaft Wein bereiten, Cholera, Pest, Diphteritis, Grippe hervorrufen, auf allen Lebewesen, Pflanzen Tieren und Menschen ihr Dasein fristen, und die man wegen ihrer mikroskopischen Kleinheit Mikroben genannt hat, — diese stäbchen- und kettenförmigen Bakterien kennt man erst seit genau 250 Jahren. Aus einer Korbmacherfamilie stammte der Holländer, der in Delft einen Kramladen besaß und, ohne jemals eine Universität besucht zu haben, ja ohne auch nur eine seiner Zeit entsprechende Gelehrsamkeit zu besitzen, als erster Mensch Mikroben gesehen und damit eine ganz neue Wissenschaft, die Bakteriologie, begründet hat. Wer kennt heute noch Leuwenhoek, den Mann, der die ersten guten Mikroscope baute, und dessen Forschungen am 15. November 1677 von der Royal Society, der berühmten Königlichen Gesellschaft der Wissenschaften in London, in einer feierlichen Sitzung als richtig anerkannt worden sind? Niemand hatte bis dahin glauben wollen, daß es Tiere gibt, die dem bewaffneten menschlichen Auge unsichtbar sind. Die Käsemilbe galt als kleinstes Lebewesen. Anschaulich schildert der amerikanische Bakteriologe Paul de Kruit in seinem Buch „Mikrobenjäger“, das im Verlag Orell Füßli in Zürich und Leipzig erschienen ist, den Verlauf dieser denkwürdigen Sitzung. „Alles war gespannt. Und, siehe da, Anton Leuwenhoek hatte nicht gelogen. Da waren sie, diese unglaublichen Tiere, eine Märchenwelt! Die Mitglieder sprangen von ihren Sitzen auf und drängten sich um das Mikroskop. Sie schauten, sie riefen durcheinander: Ein Hexenmeister, dieser Leuwenhoek! Das war ein stolzer Tag für den großen Beobachter.“

Aber wenn ihn die Royal Society auch zum Mitglied ihrer Gesellschaft ernannte und Leuwenhoek ein prachtvolles Diplom im silbernen Kästchen überreicht wurde, so war der merkwürdige Forscher, der über 90 Jahre alt wurde, doch nicht zu bewegen, den englischen Gelehrten auch nur ein einziges seiner von ihm selbst gebauten Mikroskope, von denen er mehrere Hundert besaß, zu übersenden. „Wollten die verehrten Herren irgend etwas sehen, vielleicht die noch ungeborene Auster in jener Flasche oder dort ein paar besoders flinkere Tierchen, da!“ Und er hielt dem Londoner Abgesandten, den die Gesellschaft nach Delft geschickt hatte, seine Linse hin zum Durchsehen, aber immer stark darüber wachend, daß dieser doch gewiß höchst ehrenhafte Gast ihm nichts anrühre oder gar wegstibitze.“

Zweihundert Jahre später war die Mikrobenforschung zu einer exakten Wissenschaft geworden. Pasteur hatte in Paris seine großen Entdeckungen gemacht, Frankreich baute seinem kühnen Forscher ein gewaltiges Institut, das mit allen erdenklichen Hilfsmitteln ausgestattet war, und auch in Deutschland begann die Bakteriologie ungeahnte Triumphe zu feiern. Robert Koch hatte den Tuberkel-Bazillus entdeckt, er kehrte von einer Forschungsreise aus Indien heim und brachte seine neueste Entdeckung, den Komma-Bazillus, den Erreger der Cholera, in sorgfältig verschlossenen Glasfläschchen mit nach Hause, um diese Geißel der Menschheit in seinem Berliner Laboratorium zu untersuchen. Aber damals gab es noch berühmte Forscher, hervorragende Gelehrte, die nicht daran glauben wollten, daß Mikroben Krankheiten erregen können. „Schicken Sie mir einige von Ihren sogenannten Cholerabazillen,“ so schrieb nach Paul de Kruits Schilderung in dem erwähnten Buch — der berühmte Mediziner Pettenkofer an Koch, „und ich will Ihnen beweisen, wie harmlos sie sind.“ Koch schickte ihm eine Röhre voll der giftigsten Komma-Bazillen. Pettenkofer aber, zur aufrichtigen Bestürzung aller überzeugten Mikrobenforscher, schluckte den ganzen Inhalt dieser Röhre, in der es genug Billionen von schwänzelnden und schlängelnden Komma-Bazillen gab, um damit ein ganzes Regiment kräftiger Soldaten umzubringen. Dann spottete er in seinen stattlichen Bart hinein: „Jetzt wollen wir sehen, ob ich die Cholera bekomme!“ Rätselhafterweise geschah ihm nichts, und bis heute versteht niemand, wieso der tollkühne Verächter der Bazillen ganz ungestraft bleiben konnte. Der alte Professor war überzeugt, mit seinem Experiment die Bazillenlehre für immer widerlegt zu haben. „Nicht die Keime sind die Ursachen der Cholera,“ rief er in die Welt hinaus. „Das einzige, worauf es ankommt, ist die Disposition des Individuums, was man auch darunter verstehen mag!“ Koch erwiderte einfach: „Ohne den Cholera-Bazillus kann es keine Cholera geben.“ Worauf Pettenkofer replizierte: „Aber ich habe doch gerade Millionen Ihrer angeblich so tödlichen Bazillen geschluckt und mir nicht einmal den Magen verdorben.“

Genau 25 Jahre ist es her, daß die Mikrobenforschung einen weiteren Triumph feiern konnte. Damals hat Walter Reed, der Chef der amerikanischen Kommission zur Bekämpfung des gelben Fiebers, den Erreger dieser verheerenden Tropenkrankheit gefunden und auf Cuba sowie in Panama ausgerottet. Ohne Menschenopfer war das freilich nicht zu erreichen. Einige Mitglieder der Kommission, aufopferungsvolle Aerzte, einige amerikanische Sol-

daten und auch eine Reihe spanischer Einwanderer ließen sich von Moskitos stechen und damit den Erreger des gelben Fiebers in ihr Blut spritzen, um Experimente zu ermöglichen, die später vielen tausend Menschen das Leben retten sollten. Endlich kannte man den Verlauf der Krankheit, wenn auch einige der menschlichen Versuchskaninchen ihr Leben lassen mußten. Nachdem man erkannt hatte, daß nur ein bestimmter Moskito die verheerende, fast stets tödliche Krankheit hervorrufen konnte, ging man daran, diese Moskitoart auf Cuba und in Panama auszurotten und damit das gelbe Fieber, das bis zu dieser Zeit so verheerend in diesen Landstrichen gewirkt hatte, aus den tropischen Gebieten Mittelamerikas zu verbannen. Seit 25 Jahren kennt man dort diese Krankheit nicht mehr, sicherlich einer der größten Triumphe der Mikrobenforschung! Aber trotz allen Erfolgen der Bakteriologie kann man ohne weiteres behaupten, daß die Menschheit erst am Anfang der Mikrobenforschung steht. Wahrscheinlich wird Pasteurs stolzer Ausruf: „Es muß gelingen, eines Tages alle ansteckenden Krankheiten auszurotten!“ von zukünftigen Geschlechtern verwirklicht werden können.

Rundfunk

Gleiwitz Welle 250 — **Breslau Welle 322,6.**

Allgemeine Tageseinteilung:

11,15: Wetterbericht, Wasserstände der Oder und Tagesnachrichten. 12,15—12,55: Konzert für Versuche und für die Industrie. 12,55: Nauener Zeitzeichen. 13,30: Zeitansage, Wetterbericht, Wirtschafts- und Tagesnachrichten. 13,45—14,45: Konzert auf Schallplatten. 15,30: Erster landwirtschaftlicher Preisbericht und Pressenachrichten. 17: Zweiter landwirtschaftlicher Preisbericht (außer Sonnabend). 18.45: Wetterbericht und Ratschläge fürs Haus. 22: Zeitansage, Wetterbericht, neueste Pressenachrichten und Sportfunkdienst.

Freitag, den 18. November 1927: 16.30—17.30: Im Volkston. — 17.30: Stunde und Wochenschau des Schlesischen Hausfrauenbundes Breslau. — 18.15—18.45: Abt. Medizin. — 19—19.30: Stunde der Deutschen Reichspost. — 19.30—19.50: Dr. Peter Epstein: „Frau Schrekers symphonisches Schaffen“. — 20: Uebertragung auf den Deutschlandsender Wellen 1250: Großer Konzerthaussaal: Symphoniekonzert. — Anschließend an die Abendberichte: Zehn Minuten Esperanto.

Mitteilungen
des Bundes für Arbeiterbildung

Katowice. Am Dienstag, den 22. 11. 1927 findet ein Vortrag von Genossen Okonski über „Historische und materialistische Geschichtsauffassung“ um 7½ Uhr im Hotel Central statt. Zahlreiche Beteiligung erwünscht. Es wird nochmals darauf hingewiesen, daß die Mitglieder der Kulturvereine im Besitz ihrer Karten sein müssen. Im Notfalle genügt die Karte ihres Kulturvereins, auf der aber ihre Beitragszahlung für den Bund für Arbeiterbildung vermerkt sein muß.

Schwientochlowitz. Freitag, den 18. November, abends 7½ Uhr findet im Lokal Schedletzny ein Vortragsabend statt. Als Referent erscheint Dr. Bloch.

Friedenshütte. Der für Donnerstag angesagte Vortrag des Professors Rath über „Paneuropa“ fällt aus, dafür spricht Gewerkschaftssekretär Kuzella über „Soziale Versicherungen“ im Postrach'schen Hotel.

Versammlungskalender

Kattowitz. Holzarbeiter: Sonntag, den 20. 11. vorm. 10 Uhr, im Central-Hotel Mitgliederversammlung. Pünktliches Erscheinen erwünscht.

Domb-Josefsdorf. Freidenker. Zu der am Sonntag, den 20. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, im Lokal des Herrn Hosnowski in Agneshütte stattfindenden Versammlung wird um pünktliches Erscheinen gebeten. Gäste durch Mitglieder eingeführt, willkommen.

Königshütte. Freidenker. Sonntag, den 20. November, vorm. 9½ Uhr, findet die fällige Monatsversammlung im Dom Ludowy (Volkshaus) statt. Referent zur Stelle.

Nikolai. Achtung Metallarbeiter. Sonntag, den 20. 11. vormittags 11 Uhr, findet im Vereinslokal (Ciossek) eine Mitgliederversammlung statt. Es wird gebeten, vollzählig zu erscheinen. Referent zur Stelle.

Vermischte Nachrichten

Der Eintänzer — und warum er entlassen wurde.

In den vornehmen Berliner Hotels gibt es sogenannte Eintänzer: junge, gutaussehende, gutangezogene, guttanzende und sonst beschäftigungslose Herren, deren festbezahlte Aufgabe es ist, alleinsitzende oder nichttanzende Damen — Mauerblümchen nannte man sie in alter Zeit — höflich aufzufordern und im Tanze zu schwingen oder zu rütteln, wie es gerade die Mode vorschreibt. — Für jeden Beruf gibt es einen Prüfstein. Es ist ja klar, daß die tanzlustigen Damen den bestaussehenden, bestangezogenen, besttanzenden Herrn bevorzogen. Und deshalb gilt der als der beste Eintänzer, dessen Aufforderung am willigsten Folge geleistet wird. Nun saß im Tanzsalon eines bekannten Berliner Hotels eines Tages eine gutangezogene, wohlhabende und wohlkonservierte Dame und sah den Tanzenden zu. Die Inhaberin des Hotels schickte ihren besten Eintänzer zu ihr. Aber die Dame schüttelte nur diskret den Kopf. Und das Spiel wiederholte sich mehrere Male. Die Inhaberin setzte es sich in den Kopf, die Dame tanzen zu sehen. Vergebens. Da begann sie nach einem Grund für diese Hartnäckigkeit zu forschen und kam auf den Gedanken, daß ihr Eintänzer vielleicht doch nicht gar so gut sei... Der Eintänzer wurde entlassen und die Sache kam vors Gewerbegericht. Die Aussichten standen für die Hotelbesitzerin von allem Anfang an schlecht. Aber sie verschlechterten sich noch mehr, als bekannt wurde, jene Dame, die nicht mit dem Tänzer tanzen wollte, sei der berühmteste Pariser Revuestar, „die“ Mistinguett, gewesen. Für das Verhalten der Mistinguett ließen sich natürlich verschiedene Gründe angeben. Sie ist nicht mehr ganz jung und hat außerdem in ihrem Leben schon genug getanzt, genug, um es sich leisten zu können, einen Tanz mit einem Eintänzer auszuschlagen, und wären dessen Qualitäten noch so hervorragend. So stellte der Richter also fest, daß jemand, mit dem die Mistinguett nicht tanzen wolle, immer noch ein ganz brauchbarer Mensch und Eintänzer sein könne. Und das Hotel mußte zahlen.

Die Rückkehr des roten Mannes zu seinen Göttern.

Die Indianer der „sechs Nationen“ sind jetzt in einer feierlichen Zeremonie zu ihren alten Göttern zurückgekehrt und haben dem Christentum abgeschworen. Dieser Beschluß wurde von den Abgeordneten aller Stämme gefaßt, aus denen sich die „sechs Nationen“ zusammensetzen. Vertreter der Mohawks, der Irokesen, Oneidas, Onandagas, Tuscaroras und anderer berühmter Stämme trafen sich in einer Blockhütte, etwas über einen Kilometer von Caughanawaga im kanadischen Schutzgebiet entfernt geführt von ihren bedeutendsten Häuptlingen, wie Zweiaxt und Amerikanisches Pferd, und hielten einen zweitägigen Gottesdienst ab zu des „großen Geistes“ Manitu und der anderen indianischen Gottheiten. „Die Weißgesichter haben uns wenig anderes als Unglück gebracht,“ so erklärten sie. „Sie haben uns unserer Freiheiten beraubt, unserer Rechte und Vorrechte; sie haben uns dafür wenig gegeben, was der Rede wert ist. Wir wollen ihre Religion nicht; wir wollen, daß unser indianisches Volk zu seiner eigenen Religion und den eigenen Göttern zurückkehrt. Das wenigstens kann uns der weiße Mann nicht fortnehmen.“ Reden solchen Inhalts hielten die Häuptlinge in indianischer Sprache, während die Menge zuhörte. Die Frau des Häuptlings Zweiaxt fiel in einen Verzückungszustand und stieß seltsame unzusammenhängende Worte aus. Ihre Rede, die den meisten unverständlich war, wurde von den Häuptlingen für lateinisch erklärt und allgemein glaubte man, daß der große Geist auf diese Weise zu seinem Volk spräche. Viele Frauen, die zugegen waren, weinten und schluchzten, während die Verzückte sprach. Die Vertreter der Stämme hoffen, alle Indianer wieder der Verehrung ihrer eigenen Götter zuzuführen. Der rote Mann hat das „Christentum“ in der Nähe zu sehen und zu erleben Gelegenheit genug gehabt — Krieg, Unterdrückung, Ungerechtigkeit, Wortfrömmigkeit: so und nicht anders zeigt es sich — der rote Mann zieht nur die Konsequenz aus seiner Erfahrung.

Eine Mordgeschichte.

Ein phantastischer Vorgang, der an die verschlungenen Schicksalswege in den Märchen von Tausend und einer Nacht erinnert, ist jetzt Allahabad in Indien von der Polizei aufgeklärt worden. In Sialkot im Fünfstromland lebten drei Brüder, einfache Bauern, denen es schlecht ging und die daher den Plan faßten, einen reichen Viehhändler zu ermorden, der immer zum Viehmarkt nach ihrer Stadt kam und den sie kannten. Sie luden ihn, als er wieder einmal eine stattliche Summe bei seinen Viehverkäufern eingenommen hatte, in ihr Haus, bewirteten ihn reichlich und baten ihn, die Nacht über bei ihnen zu bleiben. Der Händler war zufrieden, legte sich nieder und schlief ein. Daraufhin begannen zwei der Brüder im Hofe ein Grab zu graben, um die Leiche schnell fortzubringen. Der dritte Bruder ging noch einmal fort, um etwas zu erledigen, und sagte, er würde bald wiederkommen, um bei der Beerdigung des Mannes zu helfen. Der Händler, dem wohl die Sache nicht ganz geheuer war, wachte in der Nacht auf und sah die beiden Männer draußen, die sein Grab gruben. Er entfloh unbemerkt und lief zur nächsten Polizeistation. Fünf Minuten danach kam der dritte Bruder wieder, ging in das Schlafzimmer und fand das Bett des Händlers leer. Er glaubte, daß seine Brüder den Mann ermordet hätten und ihn jetzt begruben, legte sich ins Bett und schlief ein. Bald danach kamen die beiden anderen Brüder herein, krochen geräuschlos zu dem Bett, wo sie den Händler schlafend vermuteten, und erdolchten die im Bett liegende Gestalt. Sie suchten dann in seinen Kleidern nach und wunderten sich, nur eine Rupie zu finden, bis sie entdeckten, daß sie ihren eigenen Bruder ermordet hatten. Die Polizei, die, von dem Händler geführt, bald danach eintraf, fand die beiden Männer in tiefer Trauer an der Leiche des ermordeten Bruders.

Verantwortlich für den gesamten redaktionellen Teil: Josef Helmrich, wohnhaft in Król. Huta; für den Inseratenteil: Anton Rzyttki, wohnhaft in Katowice. Verlag: „Freie Presse“ Sp. z ogr. odp., Katowice; Druck: „Vita“, nakład drukarski, Sp. z ogr. odp., Katowice, Kościuszki 29.












